

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Ernst Blümling a. d. Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Brode-Münzstraße 2. — Fernsprechnr. 1111. — Für Inserate 1917, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 901. — Zeitungspreisliste Seite 416

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2,25 Mk., monatlich 80 Pf. Fern Abholen von der Expedition und den Verkaufsstellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2,25 Mk., ohne Zustellung. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die Doppelseite Kolonnenweise 20 Pf., äußerste von außenwärts 30 Pf., im Restamteile Seite 1 Mk. Postfachkonto Nr. 1268 Berlin. — Erwaigter Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 104.

Magdeburg, Donnerstag den 4. Mai 1916.

27. Jahrgang.

Die Weltherrscher von morgen.

Während die naive Imperialisten wähen, über die Herrschaft auf dem Weltmarkt werde allein auf den europäischen Schlachtfeldern entschieden werden, vollziehen sich jenseits des Ozeans Ereignisse, die nicht nur all die Phantastien der europäischen Machtpolitiker zerstören, sondern zugleich auch eine wirkliche Umwälzung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse bedeuten. Die Vereinigten Staaten — das unterliegt heute keinem Zweifel mehr, reifen die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt an sich, sie werden in Zukunft den maßgebenden Faktor der Weltwirtschaft und der Weltpolitik bilden.

Man darf aber nicht denken, daß es der Krieg allein ist, der diese wirtschaftliche Revolution hervorgerufen hat; wie auf allen andern Gebieten erweist sich auch in dieser Beziehung der Krieg bloß als Fortsetzung der schon vorhandenen Tendenzen. Der Krieg hat nur die schon lange vor ihm einsetzende Entwicklung stark gefördert.

Tatsächlich stehen die Vereinigten Staaten schon seit mehr als zwei Jahrzehnten an der Spitze der Industrieländer. 1913 gewannen sie 517,14 Millionen Tonnen Kohle gegen bloß 292,01 Millionen in England und 278,98 Millionen Tonnen in Deutschland. Die Vereinigten Staaten förderten also allein nur um rund 50 Millionen Tonnen weniger Kohle als England und Deutschland. In der Eisenindustrie sind die Vereinigten Staaten diesen beiden größten Industrieländern weit voraus. So stellte sich (in Millionen Tonnen):

	Eisenerzeugung 1913	Hoheisen-gewinnung 1913	Stahl-gewinnung 1913
Verein. Staaten	59,44	31,46	31,75
Deutschland (u. Viremburg)	35,94	19,30	17,30
England	16,25	10,40	7,01
	52,19	29,94	24,31

Daß die Vereinigten Staaten der weitaus größte Produzent der andern Metalle wie der Rohstoffe überhaupt sind, ist bekannt. Weniger bekannt ist es aber vielleicht, daß auch ihr Verbrauch der übrigen Metalle wie auch von Baumwolle den aller übrigen Staaten übersteigt. Es seien darum noch einige Zahlen hier angeführt. Es stellte sich, nämlich 1913 der Verbrauch (in 1000 Tonnen):

	Kupfer	Zinn	Wolfram	Zink
Vereinigte Staaten	348,1	491,3	313,3	45,0
Deutschland	259,3	223,5	221,7	19,3
England	144,7	191,4	194,6	24,4

Kupfer und Zinn konsumierten die Vereinigten Staaten fast ebenso viel wie die andern beiden Länder zusammen. Zinn sogar mehr als diese, und nur im Verbrauch von Zink bleiben sie hinter beiden, überragen

aber jedes Land im einzelnen genommen sehr bedeutend. Auch im Verbrauch von Baumwolle marschierten die Vereinigten Staaten bei weitem an der Spitze. Sie konsumierten 1912/13 5,55 Millionen Ballen, während England bloß 3,23 und Deutschland gar nur 1,26 Millionen verbrauchte.

Gewiß arbeiteten die Vereinigten Staaten in erster Linie für den eignen Markt. Aber auch auf dem Weltmarkt erscheinen sie als immer größere Konkurrenten und auf einigen Gebieten haben sie

Deutschland und England schon überflügelt.

So exportierten sie mehr Eisen- und Stahlerzeugnisse als selbst Deutschland. Auch an Maschinen und Erzeugnissen der Elektrotechnik führten sie fast ebenso viel aus wie Deutschland und bedeutend mehr als England.

In dieser Beziehung wird nun der Krieg die Position Amerikas besonders stärken. Die industrielle Tätigkeit der europäischen Länder wird auf viele Jahre hinaus geschwächt bleiben, ihren Platz werden die Vereinigten Staaten einnehmen. Während die Ausfuhr Englands nach den überseeischen Ländern im Jahre 1915 noch hinter der von 1914 zurückgeblieben ist, steigt der Export Amerikas immer mehr an. So führte es in den ersten zehn Monaten des Kalenderjahres 1915 nach Asien für 115,8 Millionen Dollar (gegen 71,3 Millionen zu gleicher Zeit 1914), nach Südamerika für 116,7 (gegen 70,4), nach Ozeanien für 77,6 (64,8) und nach Afrika für 29,1 (22,1) Millionen Dollar aus.

Wichtiger sind noch vielleicht die Veränderungen, die sich

auf dem Kapitalmarkt

vollziehen. Die Vereinigten Staaten sind das reichste Land der Welt. Das Nationalvermögen wurde für 1901 auf 88,5 Milliarden und für 1912 auf 187,71 Milliarden geschätzt, während das Nationalvermögen Englands mit 90 Milliarden Dollar und das Deutschlands mit 75 Milliarden Dollar angenommen wird. Trotz dieser erstaunlichen Kapitalakkumulation haben die Vereinigten Staaten noch in den letzten Jahren bedeutende Summen in Europa geborgt, etwa eine halbe Milliarde Dollar. Die Gesamtverschuldung Amerikas an Europa wird gar auf 6 Milliarden Dollar geschätzt. Jetzt haben nun die Vereinigten Staaten einen großen Teil dieser Schuld abgetragen.

Das letzte Jahr sah eine Refordernte. Da außerdem die Getreide- und Viehpreise stark gestiegen sind, so zogen die Landwirte gewaltige Vorteile. Der Wert

des Getreides erreichte die gewaltige Höhe von 5,38 Milliarden Dollar, der Wert aller Bodenprodukte sogar 6,65 Milliarden Dollar und der der Erzeugnisse der Viehzucht 3,85 Milliarden Dollar, zusammen also die Summe von 10,5 Milliarden.

Auch die Industriellen machen gewaltige Gewinne. Der Gesamtumsatz der Beschäftigten des letzten Jahres stellte sich auf die enorme Summe von 1,77 Milliarden Dollar, also ebenso hoch wie die der drei Jahre 1912 bis 1914 zusammen. In diesem Riesenerport kommen die Bestellungen des Vierverbandes zum Ausdruck. Allgemein bekannt ist es auch, wie diese Kriegsbestellungen bezahlt werden: durch Rückkauf amerikanischer Werte und durch Aufnahme von Anleihen. England hat für 950 Millionen Dollar amerikanische Werte abgestoßen, Frankreich für 150, Holland für 100 und die Schweiz für 50 Millionen Dollar. Außerdem hat Europa fast eine Milliarde Dollar in Amerika geborgt; an Südamerika wurden 70 Millionen geliehen.

Auf diese Weise vollzieht sich nicht allein ein potenziertes Akkumulationsprozess, sondern es wird, was dem gewöhnlichen Auge verborgen bleibt:

die Herrschaft der Truste

noch ungemein gefestigt. Ist es doch die Bank der Truste, Morgan u. Co., die die Aufträge des Vierverbandes unter den Unternehmern verteilt; durch diese Kapitaltransaktionen werden die noch unabhängig gebliebenen Werke der Trustmagaten direkt ausgeliefert. Bisher fanden nämlich diese unabhängigen Unternehmungen in Europa eine Kapitalstütze gegen die Kapitalübermacht der Truste. Jetzt gehen die Aktien und Obligationen dieser Unternehmungen an die Trustbanken über, und damit ist ihrer Unabhängigkeit ein Ende gemacht.

Noch mehr. Die Truste suchen jetzt die Rohstoffquellen in den andern Weltteilen an sich zu reißen. So verlangen sie von Rußland als Gegenwert für Anleihen gewisse Konzessionen; auch in Südamerika benachteiligten sie sich der Naturkräfte. Da die Vereinigten Staaten auf lange hinaus beinahe die einzige Geldgeberin bleiben werden, so liegt tatsächlich die Gefahr nahe, daß die Truste sich der wichtigsten Rohstoffquellen der Welt bemächtigen und so sich die übrige Welt tributär machen werden.

Die wirklichen Weltherrscher werden nicht die sich zerschneidenden europäischen Völker, sondern die amerikanischen Truste werden, die schon heute den Verfall Europas in ihre Rechnung stellen und sich vorbereiten, sein Erbe anzutreten. —

Steuern und Sozialdemokratie.

Obwohl das Rechnungsjahr des Reiches am 1. April beginnt und wir uns schon im Mai befinden, steht die endgültige Gestalt, die der Reichshaushaltplan für 1916 haben wird, noch nicht fest. Zwar wird an der Fülle der Ziffern, die der Plan enthält, wenig geändert werden, denn diese Ziffern sind zum großen Teile willkürlich angelegt, und ihre Höhe ist daher ziemlich gleichgültig. Aber der Reichshaushaltsekretär hat einen Neubedarf von 480 Millionen Mark ausgerechnet — auch diese Rechnung beruht auf zweifelhaften Grundlagen —, und nun handelt es sich darum, wie diese 480 Millionen aufgebracht werden sollen. Die Lösung dieser Frage wird voraussichtlich für die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zum diesjährigen Reichshaushaltplan entscheidend sein.

Die sozialdemokratische Fraktion hat dem vorjährigen Etat, der neue Kriegskredite enthielt, wie bekannt, zugestimmt, und damit ihren Willen bekundet, an der Verteidigung des Reiches gegen feindliche Vernichtungspläne mitzuwirken. In diesem Willen hat sich im Laufe des letzten Jahres nichts geändert. Die Sozialdemokratie hätte gewünscht, daß die Regierung den reinen Verteidigungscharakter dieses Krieges noch schärfer betont hätte, als sie es getan hat, und sie hat ihren Unwillen über die Mängel der Lebensmittelversorgung, soweit sie auf

fehlerhafte Anordnungen und nicht genügend scharfes Zureifen der ausführenden Behörden zurückzuführen ist, niemals verhehlt. Aber diese tiefgehenden Differenzen hätten angesichts der äußern Noilage des Landes nicht genügt, um dem Ausland ein Bild innerer Uneinigkeit zu gewähren. Die Sozialdemokratie hält es für ihre Pflicht, nichts zu tun, was die Hoffnung der Gegner, Deutschland könne durch innere politische Zerrüttung in die Niederlage hineingetrieben werden, ermutigen könnte.

Diesmal handelt es sich jedoch um etwas andres. Der Finanzplan des Reiches soll durch die neuen Steuern eine neue Gestalt annehmen, und diese neue Gestalt wird dem Urteil der Reichstagsabgeordneten unterliegen. Gält man es für notwendig, daß die sozialdemokratische Fraktion auch diesmal dem Etat ihre Zustimmung erteilt, so darf man ihn nicht mit neuen Steuern belasten, die den Grundzügen der sozialdemokratischen Reichsfinanzpolitik schurstracks zuwiderlaufen. Hat die sozialdemokratische Fraktion im Vorjahr ihren guten Willen gezeigt, eine Zerstückung des Reichstags angesichts der von außen drohenden Gefahren zu vermeiden, so ist es diesmal Sache der andern Seite, auch ihren guten Willen zu beweisen, und den neuen Finanzplan so zu gestalten, daß die Sozialdemokratie ihm zustimmen kann. Wird das er-

wünschte Ergebnis nicht erzielt, so fällt die Verantwortung dafür der andern Seite zu.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich nicht auf bloße Proteste beschränkt, sie hat durch ihre positiven Vorschläge den Beweis erbracht, daß der errechnete Fehlbetrag durch Steuern auf die größeren Vermögen und Einkommen aufgebracht werden kann. Ist aber solche Möglichkeit vorhanden, dann ist ihre Verwirklichung sittliche Pflicht. Ungeheure Opfer haben die arbeitenden Massen für die Landesverteidigung gebracht, während eine verhältnismäßig kleine Minderheit ihren Besitz teils gehalten, teils sogar noch in geradezu phantastischer Weise vergrößern konnte. Die maßlose Verteuerung der Rohstoffe, jeglichen Lebensmittelbedarfs kriegt die Massen schwer, einem kleinen Teile des Volkes dient sie aber zur Bereicherung. Jetzt noch den Massenverbrauch und Massenverkehr steuerlich belasten, um leistungsfähigere Schultern zu schonen — das geht nicht! Und das kann die Sozialdemokratie nicht mitmachen.

Wie stehen die Steuerarbeiten des Reichstags bis jetzt? Mit Mühe und Not ist es gelungen, die von der Sozialdemokratie angeregte Kriegsgewinnsteuer etwas zu erhöhen. Wegen die abermalige Erhebung eines Wehr-

beitrags wird aber lebhaft gekämpft, und man bemüht sich auf die „moralischen Bindungen“, die Regierung und bürgerliche Parteien übernommen, als sie in der jetzigen Friedenszeit versprochen, daß der erste Wehrbeitrag auch der letzte sein sollte. Der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Erbschaftsteuerantrag ist glatt abgelehnt worden, weil man neuen Parteistreit vermeiden will, d. h. weil die Rechte noch immer auf dem absehbaren Standpunkt steht, der schon einmal zwischen ihr und der Regierung zur Strafe geführt hat.

Dafür will man den Tabak neu belasten, den Postverkehr verteuern, und hat an die Stelle des schlechten

Quittungstempels eine nicht weniger schlechte Umsatzsteuer gestellt, die zurzeit einer Neubearbeitung unterliegen soll, aber durch sie nicht besser gemacht werden kann. Es ist der alte Kampf. Die Sozialdemokratie verlangt Steuern auf den Besitz, man antwortet mit Steuern auf Verbrauch und Verkehr!

Gäßen sich die Gegner der sozialdemokratischen Vorschläge die Konsequenzen klargemacht, die ihr Verhalten für die spätere innere Politik des Reiches haben muß, so hätten sie vielleicht doch anders gehandelt. Sie scheinen sich aber noch immer in unbegreiflichen Illusionen zu wiegen, obwohl der Standpunkt der Sozialdemokratie im Par-

lament und in der Presse mit aller Schärfe zum Ausdruck gekommen ist.

Mögen die Besitzenden und ihre Vertreter durch die Tat beweisen, daß auch sie, so gut wie die Besitzlosen, zu Opfern ihrem Gute bereit sind! Tun sie das nicht, so ergeben sich die Folgerungen daraus für die Sozialdemokratie von selbst. Sie tragen die volle Last der Verantwortung, und sie könnten eines Tages bemerken, daß diese Last doch viel schwerer wiegt als die Last der vaterländischen Pflicht, die sie jetzt auf andre abzuwälzen bestrebt sind. —

Was der Krieg bringt.

Italienische Angriffe gescheitert.

Der österreichische Heeresbericht vom Dienstag berichtet über zurückgeschlagene italienische Angriffe:

Bei den Kämpfen im Adamello-Gebiet wurden 87 Italiener gefangen genommen. In den Dolomiten griffen die Italiener heute früh unsere Stellungen auf der Croda del Vascorona und am Rifreddo an. Beide Angriffe wurden abgelehnt.

Vom russischen und vom Balkankriegschauplatz wird „Nichts Neues“ gemeldet. —

Der Seekrieg.

„Az Gij“ meldet aus Rotterdam: Die Mannschaft des verfeindeten Dampfers „Vertelstroom“ traf in einem holländischen Hafen ein. Sie erzählte, daß sie im Saufen von Sarwid den englischen Kreuzer „Penelope“, der eben aus der Schlacht bei Lowestoft zurückgekehrt sei, in vollständig zerstörtem Zustand gesehen habe.

Der skandinavische Dampfer „Frederik S.“ wurde in Rikwall aufgebracht. Der holländische Dampfer „Van Landsberge“ ist nach einer Meldung des „Allgemeinen Handelsblatt“ aus Palembang (Indischer Archipel) durch einen englischen Kreuzer aufgehalten und durchsucht worden. Bei dieser Gelegenheit wurden ein Deutscher namens Scheliga und ein österreichischer Ingenieur Stempeler von Bord geholt. Während letzterer wieder freigelassen wurde, ist Scheliga in englischer Gefangenschaft zurückgehalten worden.

Lloyd's meldet: Der Dampfer „Rochester“ wurde verfeind, ein Mann von der Besatzung wird vermißt. Der Dampfer „Rio Branco“ wurde verfeind.

Das „Handelsblatt“ meldet aus Rotterdam: Der schwedische Dampfer „Griensland“ ist bei der Galloper Boje auf eine Mine gelaufen. Der Dampfer „Yanvier“ ist zu Hilfe gekommen und versucht, das Schiff in einen englischen Hafen zu schleppen. —

Der irische Aufstand.

Wie ein Amsterdamer Blatt meldet, hat die „Times“ von einem Augenzeugen eine Schilderung der Ereignisse in Dublin erhalten. Danach verließen am Sonntag früh gegen 9 Uhr 500 Sinn-Freier als Gefangene die Hauptstadt. Am Sonntagabend wurde der Führer der Aufständischen Pearce nach dem Hauptquartier des Militärs gebracht und hatte sich bedingungslos ergeben. Sodann waren die Rebellen aus dem zerstörten Stadtteil zum Vorfeld geführt. Wie jetzt bekannt wird, ist der Rebellenführer Connolly nicht tot, sondern gefangen.

Nach dem Bericht eines andern Korrespondenten der „Times“ soll die Sackvillestreet einen unbeschreiblichen Anblick dargeboten haben. Jedes Gebäude der Straße, die früher eine der schönsten der Stadt war, war verwüstet. Man sah nur noch die äußeren Mauern. Auch das Gebäude der „Intermarbank“ und die beiden an der Ecke des Stadtviertels „Ammerials“ und „Schutthausen“. —

Die englische Wehrpflicht.

Unterhaus gab Asquith am Dienstag eine Erklärung über die Rekrutierungspolitik der Regierung und über andere Fragen ab. Er bekräftigte die Wehrpflichtgesetz in der letzten Woche habe gezeigt, daß der Vorschlag der Regierung, die Rekrutierung nach und nach einzuführen, die Gesundheit des Mannes nicht gefährden habe. Er legte daher vor, das Haus möge sich unzugänglich mit allen Fragen an der Hand einer einzigen Maßnahme beschließen, die ihm morgen (Mittwoch) vorgelegt werden solle.

Asquith hob hervor, daß die gesamte Wehrmacht des Reiches zu Wasser und zu Lande seit Kriegsbeginn 8 Millionen Mann überschritten habe und daß die Aufrechterhaltung der Seeherrschaft durch die Flotte und die Handelsmarine sowie die Finanzierung der Alliierten der britischen Rekrutierung Grenzen setze, die für die andern kriegsführenden Staaten kaum oder überhaupt nicht vorhanden seien.

Die Zahl der Mannschaften, welche der vollständige Entwurf der Regierung zugehört wolle, werde die gegenwärtig verfügbare Anzahl derjenigen Männer umfassen, die aus der Industrie genommen werden könnten, ohne das Land zur Erfüllung seiner andern Verantwortlichkeiten unfähig zu machen. Diese Männer seien zu einer erfolgreichen Durchführung des Krieges ebenso wesentlich wie die Aufrechterhaltung der zum Ausbruch gekommenen Mannschaften. Insbesondere

die Erklärungen der Vertreter der Arbeiterpartei am 27. April hätten die Regierung zu dem Glauben erzwungen, daß der allgemeine Wunsch bestehe, die ganze Angelegenheit ein für allemal zu erledigen. Er hoffe, daß der Entwurf zu diesem Ziele führen werde.

Asquith wandte sich dann gegen die Kritiker der Regierung und erinnerte das Haus daran, daß Pitt und der Herzog von Wellington am Vorabend der Schlacht von Salamanca gegen denselben Kritiker ausgeführt gewesen seien. Seine Antwort an die Kritiker ginge dahin, daß, welche Irrtümer und Fehler auch begangen worden seien, der Anteil des britischen Reiches an der gemeinsamen Sache der Alliierten gewachsen sei und beständig von Monat zu Monat wachse. Auch glaube er, daß die Lage der Alliierten zu Wasser und zu Lande niemals besser gewesen sei als im gegenwärtigen Augenblick. —

Französischer Gewerkschaftskongreß.

Aus Paris wird berichtet: Der Kongreß des Verbandes des Arbeiterbündnisses der Seine nahm nach Besprechung der Frage des 1. Mai eine Entschließung an, die von neuem die am 1. Mai 1915 angenommene Tagesordnung bestätigt. Der Kongreß billigte die Verrichtungen, die dahin gehen, den Sitz des internationalen Sekretariats, der sich gegenwärtig in Berlin befindet, in ein neutrales Land zu verlegen. Ferner sprach er sich zugunsten des Vorschlags der amerikanischen Arbeiterorganisation aus, der für die gleiche Zeit, worin die Diplomatenkonferenz sich mit dem Abbruch des Friedensvertrags beschäftigen wird, die Abhaltung einer internationalen sozialistischen Konferenz fordert. In den Friedensvertrag sollten Klauseln, die die Arbeiterinteressen wahrnehmen, aufgenommen werden. Wie aus dem Bericht des „Temps“ hervorgeht, hat der Gewerkschaftler Bourderon, der an der Konferenz von Zimmerwald teilgenommen hat, den vom letzten sozialistischen Parteitag abgelehnten Antrag erneuert, die Beziehungen mit den Gewerkschaften des feindlichen Auslandes wieder aufzunehmen. Dieser Antrag wurde mit 45 gegen 24 Stimmen abgelehnt, bei 8 Stimmenthaltungen. —

Lehrreiche Tatsachen.

Zur Beachtung für Mit- und Nachwelt seien hier in aller Kürze einige Tatsachen aus den letzten 3 Monaten registriert:

In der „Westfälischen Genossenschaftszeitung“ wurden Anfang Februar die Landwirte aufgefordert, die „Kriegserübrigungen“ nur an die genossenschaftliche Zentralkasse zu geben. Dabei wurde ein außerordentlicher Zustrom von Geld auch für die westfälischen Kassen festgestellt, und im übrigen war von einer „zeitigen Geldschwemme“ die Rede.

Der Landrat des Kreises Bodinghausen sagte in einer Versammlung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins etwa um dieselbe Zeit in einer Ansprache an die Bauern: „Ihre eigne und ihrer Kinder Notigenährtheit und die kugelrunden Bäuche ihrer Pferde stehen in iharem Gegenfatz zu dem vielerorts herrschenden Mangel.“

In einer Versammlung des Unterverbandes Hanau der Raiffeisen-Genossenschaften teilte Genossenschaftsdirektor Zanker mit, daß sich bei der Filiale Kassel der landwirtschaftlichen Zentralkassen die Zuname des Geldüberflusses seit Kriegsbeginn auf fast 28 Millionen Mark beaufe.

Der „Raiffeisen-Voice“ für Rheinpfalz, Baden und Hessen schrieb Mitte Februar: „Augenblicklich verdient der Viehzüchter beim Verkauf seiner Tiere eine Stange Gold.“

Die Dorfmunder „Trenonia“ druckte (Nr. 51) eine Zuschrift vom Lande ab, worin der Gewährsmann mitteilte, ihm hätten „aufrichtige Landwirte mehrmals offen eingestanden, daß sie noch nie so viel Geld eingenommen haben wie in dieser Kriegszeit.“

In einer Generalversammlung des Land- und forstwirtschaftlichen Hauptvereins für den Regierungsbezirk Hannover Mitte März erklärte der Hauptredner, Geh. Regierungsrat Dr. v. Seelhorst, die Viehpreise seien jetzt viel zu hoch. „Landwirte des Kreises Göttingen haben mir gesagt, sie schämten sich, solche Preise zu nehmen.“

Um dieselbe Zeit wurde berichtet, daß der Genossenschaftsverband des Rriertischen Bauernvereins elf Millionen auf die vierte Kriegsanleihe gezeichnet habe.

Ende März berichtete der Verband deutscher Eisenwarenhändler: „Die Landwirte hatten infolge der sehr hohen Preise für ihre Erzeugnisse reichliche Geldmittel

zur Verfügung und haben deshalb Anschaffungen aller Art machen können.“

Mitte April wurde berichtet, daß die Landwirtschafts-Hauptgenossenschaft zu Hannover im verflochtenen Jahr ihren Umsatz auf das Dreifache des vorausgegesehenen Jahres gesteigert und einen Reingewinn von 227 000 Mark bei einer Bilanz von 6 500 000 Mark gemacht habe.

Daß diese glänzenden Verhältnisse der Landwirtschaft sich nicht auf einzelne Gebiete, sondern über ganz Deutschland erstrecken, zeigt der soeben erschienene Geschäftsbericht der „Landwirtschaftlichen Zentralkasse in Deutschland“ (Raiffeisen): Die Umsätze erhöhten sich Berichtsjahr 1915 von 14 Milliarden auf 3 1/2 Milliarden Mark, die Guthaben von 87 auf 166 Millionen; die Schulden aber gingen von 83 auf 45 Millionen zurück; die Geldzufüsse aus den Vereinen betrugen 400 Millionen, die Abforderungen nur 169 Millionen.

So sehen in Wahrheit die von manchen Seiten behauptete „Unterbilanz“ und der „Produktionsrückgang“ in der Landwirtschaft während des Krieges aus. —

Beschlagnahme der Kartoffelernte 1916?

Die „Rhein.-Westf. Stg.“ meldet aus Witzhelden:

In einer Versammlung der hiesigen Landwirte teilte Bürgermeister Marquardt mit, daß, soweit er unterrichtet ist, das Reich die Kartoffelernte 1916 ebenfalls beschlagnahmen und dann die Kartoffeln nach Art der Vorkriegsformung verteilen werde. Den Landwirten sei die Möglichkeit gegeben durch verpflichtende Verträge schon jetzt ihre Kartoffeln an das Reich zu verkaufen, und zwar für 1 Mark den Zentner. Man nicht wisse, wie der Beschlagnahmepreis sich stellen werde, sei es angebracht, sich heute schon zum Verkauf zu verpflichten.

Zugewendet Unhalt dafür, daß dies zutrifft, haben wir nicht. Ist die Nachricht aber richtig, so würde mit der dokumentierten, daß die Forderungen der Sozialdemokratie auf Beschlagnahme und Verteilung der Kartoffeln — wenigstens als durchführbar anerkannt wird. Einstweilen allerdings erinnern wir uns noch der Versicherungen, daß es unmöglich sei, die zur menschlichen Ernährung nötigen Kartoffeln zu beschlagnahmen und warten, ob die Nachricht bestätigt. —

Die Redefreiheit im Reichstag.

Die Budgetkommission des Reichstags nahm am Dienstag ihre Sitzungen wieder auf. In erster Stelle stand die Beratung des Etats des Reichstags. Hierzu hatte die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft folgende Resolution vorgelegt:

1. Es ist unzulässig, daß durch das Präsidium des Reichstags die Presse zu beeinflussen versucht wird, einen von ihm selbst festgestellten Bericht über eine Sitzung oder einen Teil einer solchen zu veröffentlichen, zumal wenn jeder andere Bericht dadurch ausgeschlossen werden soll.
2. Der Herr Präsident wird ersucht, Vorkehrungen zu treffen, daß die Redefreiheit nicht beeinträchtigt, und daß der Redner an der Ausübung seines parlamentarischen Rechtes nicht gewaltsam gehindert wird, wie dies am 8. April dieses Jahres gegenüber dem Abgeordneten Dr. Liebknecht geschehen ist.

Abg. Liebknecht (S. L.-G.) begründete diese Resolution mit dem Hinweis, daß Liebknecht seine Rede nicht fortsetzen konnte, weil ihm ein fortgeschriebener Abgeordneter den Manuskript weggenommen hat. Ein anderer Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei ging sodann dazu über, Liebknecht direkt anzugreifen. Der Präsident hat gegen diese Maßnahme nichts unternommen und hat den Redner nicht geschützt. Deshalb müssen Maßnahmen ergriffen werden, solche Einmischungen zu vermeiden. Es besteht bereits ein Verbot, die Treppe zu besetzen, die zu den Rednertribünen führen. Dieses Verbot sollte auch angewendet werden. Nur diese Vorkehrungen müßten sich der Versuch des Präsidenten, die Presse zu beeinflussen, keinen wahrheitsgemäßen Bericht über die Vorgänge zu bringen. Das geht über die Befugnisse des Präsidenten hinaus. Die Anträge der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, und von dem Vizepräsidenten Baasche zurückgewiesen worden, weil sie eine Kritik der Geschäftsführung des Präsidenten enthalten hätten. In Wirklichkeit stellten die Anträge nicht eine Kritik des Präsidenten dar, sie forderten nur Maßnahmen, um zu verhindern, daß Abgeordnete gewaltsam am Reden verhindert werden. Zu den Funktionen des Präsidenten gehört jedenfalls nicht, die Presse zu beeinflussen. Uebrigens kam dem Reichstag das Recht nicht bestritten werden, Kritik an der Geschäftsführung des Präsidenten zu üben.

Abg. Dr. Baasche (natl.) gibt eine Darstellung über die Vorgänge, die dazu geführt haben, daß der Presse der Wunsch ausgedrückt wurde, den Bericht möglichst zu kürzen. Was Liebknecht gesagt hat, wurde von der Mehrheit des Hauses als landesverräterisch angesehen. Der Präsident hatte das Recht, die Vertreter der Presse den Wunsch zu äußern, über die bekannten Vorgänge ganz kurz zu berichten, denn er vertritt auf den Reichstag nach außen. Den in der Presse gelangten Bericht hatte ja auch der Präsident nicht etwa verfaßt. Die Anträge enthielten eine Kritik des Präsidenten, denn es wird ihm

Die Wurzel des Übels.

Ein Blick auf die militärische Lage Deutschlands gibt uns die beruhigende Zuversicht, daß es mit den Vertiefungsplänen unserer Gegner keine guten Wege haben wird. Die furchtbaren Anstürme der Russen im Osten, deren Bedeutung im deutschen Volk wohl nicht recht gewürdigt worden ist, weil alle unsere Blicke in der letzten Zeit nach dem Westen gerichtet waren, sind an der zähen Tapferkeit der Sächsischen Truppen zusammengebrochen; im Westen geht der Angriff auf die in und um Verdun zusammengeballten französischen Heeresmassen seinen langsamen, methodischen Gang; und auf den von den Engländern besetzten Frontteilen steht unser Heer, wohl versorgt mit Reserve und Munition, in gespannter Aufmerksamkeit zur Abwehr bereit. Auch unsere Bundesgenossen halten ihre Fronten fast an jeder Stelle.

Die Hoffnung unserer Feinde ist zurzeit nicht sowohl der militärische als

der wirtschaftliche Sieg.

Mit zunehmender Offenheit hat vor kurzem ein Engländer in der „Nation“ ausgesprochen, daß jetzt schon Mangel in Deutschland herrsche, daß bei verschärfter Absperrung, namentlich der neutralen Länder, nach sechs Monaten Not und nach abermals sechs Monaten Verzweiflung herrschen werde. An dem bösen Willen der Engländer und ihrer Verbündeten, unser Volk durch Hunger zur Kapitulation zu bringen, ist kein Zweifel erlaubt. Und wenn wir auch überzeugt sind, daß das brutale Mittel der Auslieferung eines ganzen Volkes nicht zum Ziele führen wird, so dürfen wir doch nicht leichtfertig über den Ernst unserer Lage hinweggehen. Selbst ein mit allen Mitteln durchgeführter U-Boot-Krieg kann uns zunächst die Freiheit der Meereszufuhr nicht schaffen; wir sind und bleiben daher auf das angewiesen, was wir im eigenen Lande erzeugen und was etwa noch über die Landgrenzen zu uns gebracht werden kann.

Da ist nun zu sagen, daß wir in Deutschland über viel mehr Vorräte und Beschaffungsmöglichkeiten verfügen, als man beim Beginn des Krieges ahnte. Unsere Lage wäre noch günstiger gewesen, wenn wir nicht in der ersten Hälfte des ersten Kriegsjahres einen starken Getreide-Export gehabt hätten.

Wie die Dinge liegen, handelte es sich für Deutschland nach der Absperrung der See-Einfuhr in erster Linie um ein Verteilungsproblem. Das ist, wahrscheinlich weil man nur mit einer kurzen Kriegsdauer rechnete, im Anfang von den verantwortlichen Stellen nicht scharf erfaßt worden.

Schon im August 1914

hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es notwendig

sei, die vorhandenen Nahrungsmittel im Lande genau festzustellen, ihre richtige Verteilung zu gewährleisten. Aber Monat um Monat verging, ehe die Reichsregierung, wenigstens beim Brotgetreide, die notwendigen Maßnahmen ergreift. Ist die Brotfrage ein unzulänglicher Erfolg gewesen, so kann man das gleiche von den Versuchen einer richtigen Verteilung der andern Nahrungsmittel, namentlich der Kartoffeln und des Fleisches, weder im ersten noch im zweiten, am allerwenigsten im dritten Kriegsjahr sagen. Wenn es freilich mit Verordnungen allein getan gewesen wäre, dann würden wir keine Schwierigkeiten mehr haben; niemals ist die Bürokratie mit Verordnungen und Verfügungen so freigebig gewesen wie in dieser Kriegszeit, nur haben die bürokratischen Mäuler leider kein Mehl gegeben. Noch immer ist es möglich, daß Leute mit wohlgefülltem Geldbeutel sich so ziemlich alle Genüsse materiellen Wohllebens verschaffen können, während wenige Schritte von ihnen entfernt Minderbemittelte oder Arme mit äußerster Mühe ihren Haushalt in leidlicher Ordnung erhalten können.

Die ärmste Schlussfolgerung aus der Lage Deutschlands, die man mit der einer belagerten Festung vergleichen hat, wäre unzweifelhaft die

Einführung der gemeinsamen Speisung,

möge man dabei nun an die byzantinische „schwarze Suppe“ oder an die moderne „Gulaschkanone“ anknüpfen. Es läßt sich verstehen, daß man vor diesem Auswurf bisher noch immer zurückgeschreckt ist, denn es würde einen unerhört starken Eingriff in die gesamte Volkswirtschaft bedeuten, und ein Maß von organisatorischer Tätigkeit voraussetzen, das weder staatliche noch kommunale Behörden ohne weiteres gewachsen sind. Aber zwischen der allgemeinen Einführung der Gulaschkanone und dem heutigen Zustand liegen unendliche Abstufungen, von denen mindestens eine nach allen Regeln der Logik die zweckmäßigste Lösung der schwierigen Frage einer gerechten und ausreichenden Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel bedeuten muß. Der Vorwurf, der den verantwortlichen Stellen mit Recht gemacht werden kann, ist, daß sie nicht mit genügender Energie diese relativ beste Lösung gesucht und dann auch durchgeführt haben.

Die Folge davon sind starke und weitverbreitete Klagen in der Bevölkerung. In Zeitungen, in den Parlamentsdebatten, in Versammlungen, überall wird mit berechtigter Schärfe über Schäden und Mängel, die vermieden werden könnten, geklagt. Diese Klagen haben dann wieder die Folge, daß die ohnehin in wohlhabenderen Kreisen vorhandene Sucht, sich mit allerhand Vorräten „einzudecken“ d. h. also

massenhaft Nahrungsmittel zu kaufen,

gesteigert wird. Die Preise steigen; wo Höchstpreise festgesetzt worden sind, verschwinden die Waren mit erstaunlicher

Schnelligkeit vom Markte, dem Käufer und dem Verkäufer Tür und Tor geöffnet. Namentlich hat sich aber die sehr lächerliche Tatsache ergeben, daß ein starker Gegenstand zwischen den Verhältnissen auf dem platten Lande und denen in den Städten, namentlich den Großstädten und den großen industriellen Siedlungen gebildet hat. Wir brauchen bloß auf die erhebliche Zunahme der Hausfleischmengen bei gleichzeitigen Fleischmangel hinzuweisen: wenn man auch nicht alles kritiklos glauben muß, was als Gerücht umgeht, so bleibt doch jedenfalls die Tatsache bestehen, daß auf dem Lande starke Fleischvorräte und Vorräte an andern Lebensmitteln in Reserve gehalten werden, während hingegen in den Städten manche Dinge gar nicht, andre nur in ungenügender Menge und zu übertrieben hohen Preisen käuflich sind.

Wenn nichts Durchgreifendes geschieht, werden die Verhältnisse nicht besser, sondern in naher Zukunft noch schlechter werden. Jedenfalls haben wir mit einer noch weit empfindlicheren Fleischknappheit zu rechnen, sobald die Natur erst wieder den Weidengang des Viehes gestört. Denn der Mangel an genügenden Futtermitteln hat immerhin zu einer starken Einschränkung der Viehhaltung geführt, die sich in einem relativ hohen Auftrieb, namentlich von Rindvieh, auf den städtischen Vieh- und Fleischmärkten bemerkbar machte. Sobald erst wieder Grünfutler vorhanden ist, werden die Landwirte schon im Hinblick auf die hohen Milchpreise, auf die Notwendigkeit der Düngerproduktion und aus andern Gründen mit dem dann wieder leichter durchzubringenden Vieh zurückhalten.

Da führt uns auf das

Grundproblem unserer Nahrungsmittelversorgung.

Stellte es sich im Anfang, wie gesagt, in erster Linie als Verteilungsproblem dar, so ist damit die Sache noch keineswegs erschöpft, vielmehr tritt das Produktionsproblem immer mehr in den Vordergrund. Brotfrage, Fleischfrage, Fettfrage, kurzum: Rationierung des Bedarfs ist eine Selbstverständlichkeit. Aber rationiert kann nur werden, was vorhanden ist. Es kommt also darauf an, oder es wäre darauf angekommen, auch eine Regelung der Produktion von Anfang an zu versuchen. Das ist eine kommunistische Produktion unter heutigen Verhältnissen nicht gedacht werden kann, liegt auf der Hand. Man muß an das Vorhandene anknüpfen. Und da wäre es unzweifelhaft geboten gewesen, sofort, als das Nahrungsmittelproblem als die eigentliche Kernfrage unserer Widerstandsfähigkeit in diesem Kriege erkannt wurde, geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Um die Produktion aufrechtzuerhalten und die gleichmäßige Versorgung der ganzen Bevölkerung mit den landwirtschaftlichen Produkten sicherzustellen, müßte das ganze flache Land in kleine Verwaltungsbezirke, von denen jeder einzelne vielleicht nur drei oder vier Produktionsstätten

Vor Jahr und Tag.

Roman von Wilhelm Holzamer.

(52. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Der Kamper blieb so wortfroh nach wie vor. Aber das tat er: so oft er in die „Schöne Aussicht“ kam, gab er der Dorth die Hand und sagte:

„Guten Tag, Dorth, wie geht es Dir?“

In dem „Dir“ lag alle Liebe.

Wenn er ging, gab er ihr wieder die Hand und sagte:

„Adieu, Dorth — auf Wiedersehen!“

Das war aber immer schon ein bißchen abweisend gesagt — ja, daß man dran merken konnte, wenn man seine Ehren hatte, daß er schon halb in seinen Gedanken wieder auf seinem Posten war.

Zum Vetterlein hatte die Dorth gesagt:

„Ich hab mich mit dem Ingenieur versprochen, er hat um mich angehalten.“

Der Vetterlein erwiderte nicht gleich etwas. Er hatte gerade den Kopf in die Hand gestützt dageessen, als es ihm die Dorth gesagt hatte. Er blieb auch so; dann sprach er halb laut vor sich hin:

„Ich hab's gewußt — er ist ein Mann für Sie, Dorthchen.“

Dann nahm er mit beiden Händen ihre Hände und sagte wehmütig-innig:

„Daß ich Ihnen von Herzen — von ganzem Herzen — Glück wünsche, Dorthchen, das wissen Sie. Wahrhaftig!“

Es schien, als wolle er noch etwas sagen. Er schweig aber und schüttelte den Kopf wieder in die Hand.

Dann nach einer Weile des Nachsinnens:

„Wissen Sie noch, Dorthchen, wie der große Sämer lag?“

„Ja, ich weiß noch.“

„Der uns so weit getrennt hatte?“

„Warum meinen Sie?“

Er sah zu ihr auf und lächelte, und sein knochiges Gesicht bekam einen so herzenguten Ausdruck.

„Aha, ich weiß auch noch — und ich wollte mir wissen, ob Sie das nicht vergessen haben. Es ist ja schon so lange her. Wir ist vor Jahr und Tag war das — und ich bin alt geworden indessen. Sagen Sie, Dorthchen, komm ich Ihnen nicht sehr alt vor?“

„Gar nicht — ich mein, Sie sind immer so gewesen, wie Sie jetzt sind.“

„Ja ja — ich glaub auch — ich glaub, Sie haben recht — ich bin immer so gewesen. Herzlich Glück. Sagen Sie, Dorthchen, haben Sie noch Hünfundssechziger im Keller?“

„Ein paar Flaschen — die der Vater beiseitegestellt hat. Warum fragen Sie?“

„Ich hatt einen Vorschlag, Dorthchen. Wenn wir zwei zusammen — Sie und ich — wenn wir zwei ein Flaschchen so ganz alten Wein — so aus der Zeit wo ich am Ende doch noch ein bißchen jünger gewesen bin — nicht viel viel, aber ein bißchen — wenn wir das auf Ihr Wohl und Ihr Glück trinken täten. Kommen Sie, ich leuchte, und Sie holen die Flasche — und wir trinken sie auf Ihr Wohl — auf Ihr Wohl und sein Wohl.“

War das lieb, daß er so einen netten Gedanken hatte! Gewiß, das wollten sie tun. Und sie stiegen zusammen in den Keller, er leuchtete, und sie kroch hinter Fässer und Kisten und zog die verstaubte Flasche hervor — er hob den Leuchter hoch, bis sie sich wieder zurückgefunden hatte — und sie saßen dann beisammen an dem kleinen Tischchen und tranken den feinen, alten Wein — stießen die Gläser an und sahen sich treu gut in die Augen — und genossen den feinen Duft des Weines, darin eine alte, schöne, darin eine süße Zeit und köstliche Erinnerung aufblühte. Selten im Leben hatte die Dorth so eine schöne Stunde gehabt, selten, nein, nie so eine gute. Er war ein lieber Kerl, der Vetterlein, und ein guter Freund. Das spürte sie jetzt so mild und warm, wie man einen Mailtag spürt. Sie war ordentlich ergriffen davon.

„Gut Freund bleiben wir, wenn ich auch verheiratet bin?“

„Immer, Dorthchen.“

„Und wenn ich auch gestorben bin?“

„Immer.“

Dann lächelte er: „Ja werd aber vor Ihnen sterben. Ich hab so etwas schon an mir — wie ein Zeichen — wissen Sie, wie bei Kindern. Es gibt so manche, wenn die auf der Schulbank vor mir sitzen, da überfällt mich ein Bedauern. Ich könnt sie nicht anrühren, und ich muß ihnen alles Gute tun und laufe zu Ihnen hin. Die haben's ja an sich — man sieht's weniger, als man's fühlt — aber Sie, Sie mit Ihrer robusten Gesundheit, Sie leben ewig. Da ist unsreiner ein Kaiserkrone dagegen.“

Er lachte — lauter als das sonst seine Art war.

Die Dorth dachte: das feine, schwere Weinchen. Wenn's gegolten hätte, hätte sie ihn wahrhaftig unter den Tisch getrunken.

Sie hob ihr Glas.

„Prost! Auf Ihr Wohl!“

Sie stießen an.

„Danke, Dorthchen. Gesundheit und langes Leben, wie man's zu Neujahr sagt. Und Sie — von so vor Neujahr.“

Sie lächelte und war ein wenig verlegen — aber lachte und scherzte sie wieder. Auch er war ausgeräumt und bekam nicht einmal, was sie erwartet hatte, ein kleines Räuschen.

Der alte Rosenzweig betrachtete die Dorth und gönnte ihr keinen guten Blick mehr, viel weniger ein gutes Wort.

„Daß Du den Preis nehme läßt, das hält ich wahrhaftig von Dir nie gedacht. Du sollst Dich schäme.“

Das war der Dorth stark auf die Seele gefallen. Sie mußte auch, so sprach das ganze Dorf, und das ganze Dorf war gegen sie.

Hatte aber das ganze Dorf nicht recht? Wenn sie alles überdachte, und wenn sie sich's ehrlich eingestand: tat sie nicht ein ganz besonderes Unrecht, dafür man sie verachten mußte? Dafür sie sich selbst verachten mußte?

(Fortsetzung folgt.)

(Bauernhöfe, Wälder, Gärtnereien usw.) umfasst, aufgeteilt werden. In die Spitze eines jeden dieser kleinen Bezirke wäre eine verantwortliche Vertrauensperson, ein Mann oder eine Frau, durch die öffentlichen Behörden zu berufen. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein Bauer oder eine Bauerfrau genau wissen, was durchschnittlich in Friedenszeiten an Getreide, Kartoffeln, Weizen, Butter, Eier, Gemüse und sonstigen Produkten von den einzelnen Höfen auf den Markt gebracht worden ist. Wegen des Mangels an Arbeitskräften, wegen der schlechten Düngung und aus andern Gründen ist in dieser Kriegszeit mit einer Verminderung der Produktion zu rechnen; sagen wir, daß durchschnittlich 10 bis 20 Prozent weniger als im Frieden produziert würden. Pflicht des Vertrauensmanns der kleinen Bezirke wäre, dann dafür verantwortlich einzustehen, daß wenigstens der Rest

wie in Friedenszeiten auf den Markt gebracht wird. Jede Verminderung der Produktion, abzüglich der Kriegsminderung, müßte mit strenger Strafe geahndet werden. Zwingt man so die landwirtschaftlichen Urproduzenten, alles, was in ihren Kräften steht, herzustellen und für den Absatz bereitzustellen, so muß man ihnen auf der andern Seite natürlich auch die Absicherheit geben. Es müssen also öffentliche Stellen eingerichtet werden, an die die Landwirte jederzeit ihre Produkte zu festgesetzten Höchstpreisen loswerden können. Die Höchstpreise sollen so berechnet sein, daß sie den Landwirten einen entsprechenden Gewinn lassen. Auf diese Weise wäre die Menge der vorhandenen und der zu erwartenden Nahrungsmittel in kürzester Frist festzustellen, und auf dieser Grundlage könnte die Vertei-

lung nach dem Bedarf ohne Schwierigkeiten vorgenommen werden. Eine solche Verteilung des gesamten Reichsgebiets in ganz kleine Verwaltungsbezirke, vielleicht sogar Selbstverwaltungsbezirke, ermöglicht auch die Anpassung an die sehr verschiedenen lokalen Verhältnisse, so zwar, daß Produzenten und Konsumenten in letzter Linie alle zu ihrem Rechte kommen. Gätte man — doch es ist noch nicht zu spät, also sagen wir: wird man auf diese Weise verfahren, dann werden wir auch die Schwierigkeiten, die England und durch die rückwärtsige Abwanderung vom Weltmarkt bedingt hat, überwinden und, wie militärisch so auch wirtschaftlich den Krieg gewinnen, der uns die Sicherheit der nationalen Existenz und die Möglichkeit einer freien Entwicklung unseres Volkstums bringen muß.

Was der Krieg bringt.

Aus dem brennenden Verdun.

Ein norwegischer Berichterstatter, der kürzlich an der französischen Verdun-Front weilte, entwirft eine lebendige Schilderung von dem Eindringen der brennenden Stadt:

Wir stehen in einem Fort ein Stück über Verdun und sehen in die brennende Stadt hinab. Das Maastal liegt von glühender Sonne erfüllt; zum erstenmal in diesem Jahre fühlen wir die Frühlingssonne in der Luft, und die großen Abhänge am Fluße beginnen allmählich grün zu werden. Die Maas selbst ist unter der Frühjahrsüberschwemmung angeschwollen, ihr Wasser ist ganz grün, so daß sie wie ein Smaragdbüchel, das sich aufs Verasteln durch den Talboden krümmt, aussieht. Aber gerade unter uns wird das Köllier in zwei Teile zerstückt — nämlich dort, wo Verdun liegt oder wo Verdun lag; denn jetzt trennt die Stadt an beiden Seiten, und der Rauch verdeckt den Fluß in einer Breite von zwei Kilometern. Nur hier und da erheben sich zwischen den schwarzen Rauchmassen brennende Schiffsplättchen und alte Kleidungsstücke, die Hunderte von Metern hochgewirbelt werden. So brennt eine alte Stadt. . . . Während wir drängen im französischen Lager der Luftkanonen stehen, sind hier und da Bomben über die Stadt gefallen. Und von Norden in der Richtung auf Douaumont und den „Kesselfüßchen“ ballern die Kanonen unaufhörlich. Es ist nicht möglich, die einzelnen Schiffe zu unterscheiden; alles fliegt in einem gewaltigen Donner zusammen, ein Brüllen, wie ein Wasserfall in der Hochwasserzeit, den tausend Klaster Holz auf einmal herabstürzen.

Die Erde da drüben muß ein Loch bekommen haben, eine Revolution aus der Tiefe hat die Oberfläche zerissen, und jetzt strömt die Lava heraus. Das ist der jüngste Tag, und nun bekommen wir plötzlich, während wir zu unsern Automobilen zurückkehren, auch einen Gruß von ihm. Die Luft über uns ist wieder zu vibrieren; den meisten von uns sind diese Laute so vertraut; es sind Bomben. Und ganz richtig — ein Hagelwetter von Bomben fährt auf die Stadt nieder. Wir sehen, wie hier und da Brände entstehen, eine kleine Villa erhebt mitten in ihren Balken einen Rauch und fängt sofort zu brennen an; die Bewohner sind fort, keiner eilt zum Löschen, ganz allein für sich brennt das schöne Häuschen draußen in der Ebene nieder. Wir sehen, wie eine Granate in einen alten Eichenbaum gerade unter der Festungsmauer einschlägt und ihn mitten durchschneidet; die Knospen wollten gerade ausbrechen. . . . Als wir in die Stadt kamen, brannte es an sechs verschiedenen Stellen in einer Straße.

Die Frage, ob Verdun zerstört ist, muß mit ja und nein beantwortet werden. Es gab Viertel, die noch geistern voll-

ständig unberührt dastanden. Wie es jetzt ist, weiß ich nicht; aber hoffentlich ist die Zerstörung nicht weiter so rasch fortgeschritten, wie wir sie sich in den paar Stunden ausbreiten sahen. Aber welch unendlich trauriger Anblick, durch diese Straßen zu gehen, selbst durch die, wohin der Rauch noch nicht gelangt oder die Bomben noch nicht gefallen waren! Es gibt ja keine Zivilbevölkerung mehr in Verdun — wir sahen einen einzigen Zivilisten während unserer gestrigen Besuche, und er hatte die besondere Erlaubnis des Obergenerals bekommen, auf ein paar Stunden in die Stadt zurückzukommen und ein paar besonders wertvolle Bücher aus seiner Bibliothek zu retten. Es würde wunderbar, fast unheimlich, diesen einzigen Zivilisten in einer übrigens völlig menschenleeren Straße zu sehen. „Le civil de Verdun“ nannten ihn die Soldaten. . . .

Wir gingen ein paar hundert Meter die Straße entlang. Als wir an das erste Haus zurückkamen, war inzwischen der Schall der Feuerwehr durch eine Bombe zerfallen worden. Eine Giebelwand stürzte gerade auf die Straße; wir kletterten über glühende Ziegelsteine und brennende Balken. Eine Wpohle und ein Goldschmiedeladen brennen einander gegenüber. Wir sehen die Kränze reihenweise von der Wand fallen; in den Mauersteinen stärken haufenweise brennende Bücher. Wir kommen auf Straßen, die noch nicht getroffen sind; aber die Stadt ist tot und erstarrt. Überall sind die Türen geschlossen und Säben vor die Fenster gesetzt. Vielfach haben die Bewohner noch eine besondere dicke Bretterlage vor den Fenstern angebracht, als ob dies irgend etwas helfen könnte.

Weiterhin sind kleine Gartenflecken vor den Häusern. Hinter dem Baum geliegt es, aber die Bäume sehen zerzaust und vernachlässigt aus, Blechdosen und alte Schuhe liegen auf den Blumenbeeten verstreut; dieses Jahr werden sie wohl wild wachsen, die Blüten in Verdun. Dort ist die Hälfte eines Hauses von einer Granate zerstört; ein paar durchlöcherter Alther sind auf das Trottoir hinausgeschleudert, der Rest der Erde und die Stufen liegen durcheinander unten in dem Ziegelschutt, oben in der zweiten Etage ragt die Hälfte eines Bettes gerade in die Luft hinaus, und ein vergoldeter Spiegelrahmen knarrt frei von einem abgebrochenen Ballon. Aber am schlimmsten ist es, die Hunde und Katzen zu sehen, die mager und elend in den Straßen herumstreifen. In einem Viertel sehen wir eine Schar von 15 bis 20 Stunden; sie fahren hintereinander her, als wenn die Tollheit bereits in ihnen wäre, einige von ihnen waren verwundet, vermutlich verbrannt oder von niederfallenden Ziegeln getroffen. Wir sahen einen Soldaten, sich über zu erbarmen und sie zu erschießen. Ein Offizier erzählte, daß man bereits 300 Katzen und Hunde getötet hätte, die in der Stadt zurückgelassen worden waren, als die Bewohner sie räumten. . . .

Neutrale Arbeiter in England.

England hat im Laufe des verflohenen Jahres aus dem neutralen Ausland, auch aus der Schweiz, viele sehr qualifizierte Arbeiter, besonders Mechaniker und Arbeiter in chemischer, an sich gezogen, um sie in erster Linie in den Munitionsfabriken und andern handlichen Kriegswirtschaften unterzubringen zu verwenden. Die Umwerbungen sind außerordentlich und für unsere Werbungsstellen sind sich viele verloren haben. Seit Monaten treffen wir bei den schweizerischen Gewerkschaftsverbänden Menschen ein, in denen die Schweizer, oft mit überaus besugenen Worten, ihren bitzen Entschuldigungen Ausdruck geben und die Zurückgebliebenen vor wirtern zum nach England warnen. Das ist Arbeiter deswegen in verlegenwürdiger Weise und in einer Weise, wie sie sich das dabei niemals gefallen lassen würden, zur Heberzeugung herangezogen werden, ohne dafür eine entsprechende Entlohnung zu erhalten, ist noch das Bestmögliche.

Nicht bedeutender wird empfunden, daß in den handlichen Betrieben für Kriegsbedarf auch der neutrale Arbeiter nachträglich den Militärdienst unterstellt worden ist. Arbeitsüberlegung wird darum mit Freiheitsstrafen bedroht, wie jede freiwillige Mündigung, die vom Arbeiter ausgeht, wird dadurch geahndet, daß sein Name auf eine schwarze Liste kommt, die es dem Mann unmöglich macht, in England anderwärts eine neue Stelle zu finden.

Noch tiefer aber greift England in die Selbstbestimmung der neutralen Arbeiter dadurch ein, daß es Männern, die dabei zum Militärdienst einrücken sollten und ihre Urlaubszeit faktisch ablaufen ist, die Ausstellung des Urlaubsscheins verweigert, ohne dessen Besitz es unmöglich ist, zur Abreise nötigen Papiere auszuliefern zu erhalten. Es geht um die Schweizerrische Metallarbeitergewerkschaft, die sich in England festgehalten hat, um die Beendigung des Krieges unter dem Vorwand, daß sie nun „Rekrutations- und andere Geheimnisse“ lernen, die nicht preisgegeben werden dürfen“. Es verlaute, daß durch diplomatische Schritte diesen Zuständen ein Ende gemacht werden soll. —

Verlustliste Nr. 519.

Von Truppenenteilen, denen Truppen aus unserm Vaterland angehören, weiß die Liste auf: Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 24, Füsilier-Regiment Nr. 25, Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 263, Jäger-Bataillon Nr. 4 und Feldartillerie-Regiment Nr. 76. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 3. Mai 1916.

Der städtische Fleischverkauf.

Uns wird geschrieben: In der Bevölkerung ist vielfach Beunruhigung entstanden, nachdem bekannt wurde, daß die städtischen Behörden die Köstlichkeit haben, den Fleischverkauf einzustellen. Auch in der letzten Sitzung der Preisprüfungsstelle wurde die Ansicht vertreten, daß man die Fleischverkaufshände der Stadt eingehen lassen könnte. Sie seien eingerichtet worden, um die Preise niedrighalten. Das habe auch so lange einen Sinn gehabt, als man für Fleischwaren keine Höchstpreise hatte. Jetzt seien die Höchstpreise in Kraft, und es sei nicht einzusehen, warum man nun noch diese Verkaufshände offen halten solle. Ein Selbstverständliches ist zwar nicht falsch, aber die Preisprüfungsstelle sollte sich für die Preisermäßigung annehmen, daß man mit dem Schließen der Fleischverkaufshändeln rechnen mußte.

Wir haben dagegen die ichwersten Bedenken. Einmal steht fest, daß die städtischen Fleischverkaufshändeln immer noch etwas billiger verkaufen, als die Ware an Fleischläden zu haben ist. Denn aber werden hier die Käufer ohne Ansehen der Person abgefertigt. Und das ist entscheidend. Der Fleischhändler wird immer seinen Kunden mit größerem „Verständnis“ entgegenkommen als dem ihm fremden Käufer. Denn er muß damit rechnen, daß sein Geschäft bei der Rückkehr in Friedensverhältnisse wiederum Kundenschaft werden muß. Da ist denn der begüterte Kunde natürlich ein besserer Kunde als die arme Käuferin. Man braucht nur an die Praxis zu denken, und man wird sofort einsehen, daß hier Einsprüche mitsprechen, denen sich so leicht niemand entgegen kann.

Werden die Käufer in der städtischen Fleischabgabe unterchiedslos behandelt, so ist dadurch auch für die weniger Vermittelten wenigstens die Möglichkeit gegeben, hier und da doch einmal zu ein wenig Fleisch oder Wurst zu kommen. Diese Möglichkeit wird aber geringer, wenn alle der Stadt zugewiesenen oder durch die Stadt gekauften Tiere den Fleischhändlern überlassen werden.

So gern wir nun anerkennen, daß das Fleischergewerbe durch die Kriegswirungen schwer mitgenommen ist und so sehr wir bereit sind, auch den Kleingewerbetreibenden entgegenzukommen, so steht denn doch das Interesse an der Versorgung der Kinderbewilligten höher als alles andere. Darum müßte dieser Schutz, der die kleinere Bevölkerung bedingt, nicht gelockert werden, und es noch einmal grundsätzlich überlegt werden. Dieht man sich übrigens die Menschenmengen vor den Fleischläden einmal genauer an, so findet man, daß unsere städtischen Verkaufshände besonders von den

Kinderbewilligten in Anspruch genommen werden. Und gerade hier treffen wir die langen, langen Reihen der Wartenden. Die Schlange vor der Tür ist wohl berechtigt, daß die Schließung der Verkaufshände den vorhandenen Unmut vermehren würde. Dazu aber glauben wir, wird niemand die Hand bieten wollen. —

Wann kommen die Nahrungsmittelkontrollen?

Als vor vielen Wochen einmal die Frage erörtert wurde, was zu geschehen habe, um das laufende Publikum in Magdeburg zu schützen und Erleichterungen des Einkaufs durchzuführen, wurde von unsern Vertretern auf die zwingende Notwendigkeit hingewiesen, Kontrollen anzustellen, deren Aufgabe es sein sollte, die Aufsicht über die privaten und öffentlichen Nahrungsmittelverkäufe auszuüben. Wir sind dann von der Ansicht aus, daß Verzeig zum Fälligen der Waren, zu mindern Gewicht beim Verkauf, zum Zurückhalten der Hände um so größer sei, je teurer die Ware selbst wird. Die Tatsachen bestätigen diese Auffassung durchaus. Wie ist die Ware schlechter gewesen als in dieser Zeit der allgemeinen Wuchererei. Wie ist die Verzögerung der „armen Kunden“ so stark aufgefalle, wie jetzt. Wie war aber auch die Kritik an der Ware so vollständig ausgeübt wie heute.

Der Käufer, der heute im Butters-, Fleisch-, Bäckers- oder sonst einem Laden die Ware hemangeln wollte, der käme schön an! Wer einmal den Versuch gemacht wird ihn sicher nicht wiederholen. Jedermann ist heute froh, wenn er zu den unglaublichen Preisen nur überhaupt Ware erhält. Da fällt denn die Kontrolle der Händler ohne weiteres weg. Der Verkäufer der Ware kann heute tun und lassen, was er will. Widerspruch beim Käufer wird er nur in den häufigsten Fällen finden. Nun steht aber fest, daß das laufende Publikum verlangen kann, daß es durch behördliche Maßnahmen in solchen Zeiten, wo es wehrlos ist gegen Unrecht, geschützt wird. Das kann nur durch Kontrollen geschehen, die mit behördlicher Autorität ausgestattet sind und vom Verkäufer unabhängig sind. Ueber die Notwendigkeit dieser Kontrolle wird unter der Bevölkerung nur eine Meinung sein.

Dennoch sehen wir keinelei Fortschritte auf dem Wege zu dieser Einrichtung. Man hat in der Preisprüfungsstelle wiederholt ihre Betätigung erörtert. Darüber hinaus ist man nicht gekommen. Wenn aber in öffentlicher Stadtordeentzung wieder und wieder gefordert wurde, daß man nun endlich Ernst machen möge mit der Durchführung der Kontrollen, dann haben große Schwierigkeiten sich zu überwinden, ihren Weg bereitet, daß die Sozialdemokraten nur Heden zum Fenster hinaus halten. Man beschwieg freilich den Lesern den Inhalt der sozialdemokratischen Heden, sonst wäre wohl

mancher auf die merkwürdige Entdeckung gestoßen, daß diese Forderungen eigentlich ganz selbstverständlich seien.

Wann kommen die städtischen Nahrungsmittelkontrollen? Es muß eine Möglichkeit geben, das konsumierende Publikum gegen Unrecht zu schützen. Der Weg ist gewiesen. Er wird etwas Geld kosten. Aber man kann schließlich mit der Furcht vor einem Prozent Einkommensteuer mehr den Teufel der Wucherer nicht bannen. —

Verbrauchsregelung für Kaffee und Tee.

Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H. in Berlin macht bekannt, daß von den ordnungsmäßig angemeldeten und bei ihm verbuchten Beständen an Kaffee vorerst eine Quote von insgesamt zehn Prozent jeder einzelnen Sorte zum Verkauf und zur Röstung unter folgenden Bedingungen freigegeben wird:

1. an den Verbraucher darf Kaffee nur in geröstetem Zustand verkauft werden;
2. in jedem einzelnen Falle darf nicht mehr als 1/2 Pfund gerösteter Kaffee verkauft werden. Der Verkauf ist nur gestattet, wenn gleichzeitig an denselben Käufer mindestens die gleiche Gewichtsmenge Kaffeeersatzmittel abgegeben wird;
3. der Preis für 1/2 Pfund gerösteten Kaffee und 1/2 Pfund Kaffeeersatzmittel darf zusammen 2,20 Mark nicht übersteigen;
4. an Großverbraucher (Kaffeehäuser, Hotels, Gastwirtschaften, gemeinnützige Anstalten, Lazarette usw.) darf Kaffee nur die Hälfte des Quantums in wöchentlichen Raten verkauft werden, das ihrem nachweisbaren wöchentlichen Durchschnittsverbrauch der letzten drei Betriebsmonate entspricht. Es muß auch in diesem Falle mindestens die gleiche Menge Ersatzmittel verkauft werden;
5. fertige Mischungen von geröstetem Kaffee mit Ersatzmitteln müssen mindestens die Hälfte Kaffeeersatzmittel enthalten. Der Preis für diese Mischungen darf, wenn sie 50 Prozent Kaffee enthalten, 2,20 Mark pro Pfund nicht übersteigen. Enthalten die Mischungen einen geringeren Prozentgehalt an Kaffee, so ist der Verkaufspreis entsprechend niedriger zu halten.

Die anmeldebaren Bestände an grünem Tee werden unter der Bedingung freigegeben, daß der Verkaufspreis im Groß- und Einzelhandel 2,50 Mark für 1/2 Kilogramm bezollt nicht übersteigt. —

Aus der Parteibewegung.

Württembergische Landeskonferenz.

Am Sonntag den 30. April fand in Stuttgart eine württembergische Landeskonferenz statt, die durch die Beteiligung nicht nur der Kreisverbände, sondern auch zahlreicher Ortsvereinsvertreter aus allen Landesteilen den Charakter einer kleinen Landesversammlung erhielt. Sie bestand aus 100 Parteigenossen und Genossinnen. Genosse Keil gab eine Uebersicht von den Vorgängen in der Reichstagsfraktion während der ganzen Kriegszeit. Eine ausgedehnte Debatte schloß sich an, in der zahlreiche Fragen über die Mißstände auf dem Gebiet der Volksernährung erörtert und Vorschläge für die fernere Tätigkeit der Fraktion gemacht wurden. Grundätzlich stimmten alle Redner mit der Fraktionsmehrheit überein. Zur Frage der Reichssteuern, die vom Referenten mißhandelt worden war, fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die Konferenz hält es für selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion an der Lösung der Aufgabe mitwirkt, die Einnahmen zur Deckung der Kriegskosten zu beschaffen unter Wahrung der Lebensinteressen der wirtschaftlich Schwachen Volksschichten. Die von der Regierung zunächst geforderten Mehreinnahmen können durch die Kriegsgewinnsteuer, den Wehrbeitrag und eine gerecht und wirksam ausgearbeitete Erbschaftsteuer aufgebracht werden. Die vorgeschlagenen Verbrauchs- und Verkehrssteuern sind abzulehnen, da sie in der gegenwärtigen Zeit eine geradezu unverantwortliche weitere Vertiefung der Lebenshaltung der breiten Volksschichten zur Folge haben müssen.

In bezug auf die allgemeine Kriegspolitik unserer Reichstagsfraktion brachte die Konferenz ihre Uebersetzung durch folgende Entschließung zum Ausdruck:

Die Konferenz hält fest an der schon früher bekundeten Auffassung, daß die von der Mehrheit der Reichstagsfraktion in der Kriegszeit vertretene Politik mit den Grundanschauungen der Partei übereinstimmt und durch die Lebensinteressen des deutschen Volkes dringend geboten ist. Eine Abkehr von dieser Auffassung kann so lange nicht in Frage kommen, als nicht die Regierungen und vor allem die sozialistischen Parteien der feindlichen Staaten ebenso ihre Friedensbereitschaft erklären, wie sie von Deutschland aus kundgegeben wurde.

Zu dem Sondervergehen der Fraktionsminderheit erklart die Konferenz wieder ein geeignetes Mittel zur raschen Herbeiführung des Friedens noch ein solches zur Stärkung des Einflusses der Sozialdemokratie bei der Regelung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen die wehrlosen Volksteile schwer leiden.

Besonders der Kampf gegen die immer weiter steigenden Lebensmittelpreise und gegen die Mißstände in der Organisation der Volksernährung erfordert die Einigkeit der Kräfte der Arbeiterklasse. Die Zersplitterung der Fraktionsdisziplin und die Gründung der Sonderfraktion stellt den ersten Schritt dar zur Spaltung der Partei, die von einer vom Boden der alten politischen und taktischen Anschauungen der Partei abweichenden Gruppe längst erkräftet wird. Die Konferenz billigt das Bemühen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, die organisatorische Geschlossenheit der Partei zu erhalten, die nach Beendigung des Krieges zur Lösung der kommenden großen Aufgaben notwendig sein wird als jemals. An die Parteigenossen in Württemberg richtet die Konferenz die dringende Mahnung, auch während der Kriegszeit feinerlei Miße und Arbeit zu scheuen, um die Organisation und die Parteipresse stark zu erhalten und die auf Parteiparteilichkeit hinarbeitenden Kräfte unschädlich zu machen.

Der Satz, der vom Sondervergehen der Minderheit handelt, wurde gegen zwei Stimmen, die Entschließung im übrigen einstimmig angenommen.

Aus den Organisationen.

Eine Konferenz der Kreisleiter des Bezirks obere Rheinprovinz in Köln, die von 15 Wahlkreisen mit 17 Delegierten besetzt war, befaßte sich mit den Vorgängen in der Reichstagsfraktion und der Gefahr der Parteiparteilichkeit. In die Referate des Bezirkssekretärs Gen. Hoffrichter und Gen. Weierfeld schloß sich eine rege Aussprache, in der alle edner sich gegen die Sonderaktion der Uchziger wandten und die Folgen namentlich für die Rheinprovinz als unheilvoll betrachteten. Eine einstimmig angenommene Entschließung fordert, daß allen Zersplitterungsversuchen nachdrücklich entgegengetreten werde. Die Konferenz beurteilt das Vorgehen der Uchziger, nach mehr die offen auf die Parteiparteilichkeit gerichteten Bestrebungen der Gruppe Liebknecht-Kühle. Sie beurteilt aber auch die Aufstellung unnützer und vermindert Streitfragen durch eine Anzahl Genossen des rechten Parteiflügels. Alle Sonderbestrebungen hätten in dieser geschichtlich denkwürdigen Zeit hinter dem dringenden Gebot völliger Einheit der Partei zurückzuführen. Von der Fraktion wird einheitliches Vorgehen in den Fragen der Lebensmittelpreise sowie der Arbeit zur Wiederherstellung der Preis- und Verteilungsfreiheit gefordert.

Provinz und Umgegend.

Die Südbahn des Mittelrandkanals.

In Bernburg hat die... der Südbahn des Mittelrandkanals... Grundungsaktion abgehalten. In den Vorstand wurden gewählt Regierungsrat Dr. Siegmund (Braunschweig) als Vorsitzender, Oberbürgermeister Reinwender (Bernburg) als Stellvertreter, Stadtrat Graue (Halberstadt) als Rechnungsführer. Außerdem wurden für mehrere Ausschüsse die Vorstände gewählt. Am Sonntag (Besitz) referierte hierauf in einer öffentlichen Versammlung über die Südbahn des Mittelrandkanals, die Südbahn nach Halbesheim und Halberstadt sowie über den Verbindungskanal nach Bernburg. Ueber die volkswirtschaftliche Bedeutung der Südbahn für Anhalt sprach Syndikus Dr. Klaus (Dessau). Die Ansicht der Referenten wurde von anderen Rednern unterstützt.

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Niederndobeleben, 3. Mai. (Töblich verunglückt.) Der Güterbodenarbeiter Walter Kunze, der erst einige Tage auf der Umtriebsstelle der Güterabfertigung in Magdeburg beschäftigt war, stürzte unglücklich vom Umtriebschuppen, daß er bald darauf verstarb.

Oberndorf, 3. Mai. (Umgehung der Sommerzeit.) Die es scheint, können sich unsere Gütsbesitzer der jetzt eingeführten Sommerzeit schlecht anpassen. Sie verlangen von den bei ihnen beschäftigten Frauen, daß diese den Arbeitstag morgens um 7 Uhr beginnen und abends 7 Uhr beenden. Das ist ein unheilbarer Zustand. Die Männer der Frauen, die in Magdeburg beschäftigt sind, müssen sich der Sommerzeit ihre Arbeit beginnen. Die Frauen sind deshalb erzwungen morgens um 4 1/2 Uhr aufzustehen, um das Notwendigste für den Mann und die Kinder zu besorgen. Wie sollen nun die Frauen bei der jetzigen mangelhaften Ernährung einen solchen langen Tag überwinden. Es bleibt für die Frauen, deren Männer in Magdeburg arbeiten, eine Pflicht von kaum 6 Stunden. Die Ansicht der Gütsbesitzer, daß es morgens um 6 Uhr noch zu früh auf dem Feld ist, halten wir nicht für haltbar. Das wird auch dadurch bewiesen, daß die Tagelöhner, die bei den Gütsbesitzern beschäftigt sind, immer 1 Stunde früher auf dem Felde sein müssen. Vor der Einführung der Sommerzeit mußten diese um 5 Uhr anfangen. Für die Umgehung der

Sommerzeit werden wohl andre Größmaßgebend sein. Jedemal rechnen die Herren schon mit der Ernte, wo des Abends länger gearbeitet wird und durch die jetzt eingeführte Zeit eine Ueberstunde mehr bezahlt werden mußte. Das wollen sie augenscheinlich verhindern. An den Frauen von Oberndorf liegt es, den Arbeitstag von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends einzuhalten.

Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 3. Mai. (Städtischer Kartoffelverkauf.) Die Abgabe der Kartoffeln erfolgt nur gegen einen Bezugschein. Dieser muß am dem Tage, an welchem er ausgestellt ist, eingelöst werden, geschieht dies nicht, verliert er seine Gültigkeit. Die Ausgabe der Bezugscheine erfolgt im Geschäftszimmer des Stadtbauamts, Beecker Weg 98, an den bezeichneten Tagen in der Zeit von vormittags 10 1/2 bis mittags 1 Uhr. Auf die an diesen Tagen vormittags gelieferten Bezugscheine sind von den betreffenden Empfängern am Nachmittag des gleichen Tages in der Zeit von 2 bis 6 Uhr die angeordneten Kartoffelmengen abzuführen. Die Bezugscheine werden nach den Anfangsbuchstaben der Familiennamen der Käufer ausgegeben, und zwar: an die mit den Anfangsbuchstaben A bis H am 3., I bis M am 4., S bis J am 5. Mai. Die Ausgabestelle ist, wie bisher, auf dem Grundstück Praterstraße 26. Die Kaufbeträge sind bei der Ausgabestelle zu zahlen. Der Preis beträgt für 1 Zentner Kartoffeln 5,20, für 1/2 Zentner 2,60 und für 1/4 Zentner 1,30 Mark. Es werden nur Mengen bis zu 1 Zentner abgegeben.

Kartoffeln für Kriegerfrauen.) Die städtische Ausgabe von Kartoffeln an Kriegerfrauen erfolgt an den nachbezeichneten Tagen jedesmal von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags getrennt nach den Anfangsbuchstaben der Familiennamen der Empfänger in folgender Weise: A bis H am 3., I bis M am 5., S bis J am 8. Mai. Abgabestelle: Praterstraße 26.

Gommern, 3. Mai. (Das Vermächtnis Moriz Manheimer.) Der kürzlich in Berlin verlebende Kaufmann Manheimer, dessen Geburtsort Gommern ist, hat sein gesamtes Vermögen für 42 Stichtungen und Legate abgesetzt. Das Testament tritt erst nach dem Ableben der Witwe in Kraft, die als Universalerbin eingesetzt ist. Schon zu Lebzeiten hat Moriz Manheimer drei Millionen Mark wohlthätigen Zwecken zugeführt, trotzdem bleibt jedoch noch ein sehr beträchtliches Vermögen übrig.

Wahlkreis Ocherleben-Halberstadt-Bernigerode.

Halberstadt, 3. Mai. (Zee und Kräuter.) In der Stadt wird den hiesigen Einwohnern zu eigenem Zee-Gebrauch das Pflichten von Erbbeer, Himbeer, Brombeer, Birken-Blättern und Weidenröschen bis auf weiteres unentgeltlich gegen Erlaubnischein gestattet. Das Pflichten darf nur nach genauer Anweisung des städtischen Revierförsters, von dem auch die Zettel abgeholt sind, geschehen. Unbefugtes Pflichten wird nach dem Feld- und Forstpolizeigesetz bestraft.

Bezugscheine für Kartoffeln.) Für die im Februar bei der Stadt bestellten Kartoffeln werden im Sparkassengebäude, S. d. Rathaus, 1 Drosche Bezugscheine ausgegeben. Die Anforderung der Kartoffeln muß für Private Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag bei der Firma Braune, Bismarckstraße, für Bäcker und Händler am Mittwoch und Samstag im Realgymnasiums-Keller (Bödderstraße) von 8 bis 12 Uhr erfolgen. Wegen etwaiger Preisserhöhung vom 15. Mai an wird Abnahme bis 14. angetragen.

(Die Geschäftsräume) des Bureaus für Lebens- und Futtermittel im Gebäude des Hauptpostamts sind für den öffentlichen Verkehr weiterhin nur noch an fünflichen Vormittagen sowie an den Montag- und Freitag-Nachmittagen geöffnet, bleiben dagegen an den Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend-Nachmittagen für den Verkehr mit dem Publikum von jetzt an geschlossen.

(Höchstpreise für Zucker.) Nach einer vom Magistrat erfolgten Bekanntmachung beträgt der Preis im Kleinhandel für ein Pfund weißen Zuder 30 Pfennig und für 1 Pfund Würfelzucker und Pulver 34 Pfennig. Als Kleinhandel im Sinne der Verordnung gilt der Verkauf an den Verbraucher, soweit er nicht Mengen von mehr als 30 Pfund zum Gegenstand hat. Der Zuder-Verbrauch ist jetzt so geregelt worden, daß bis zur Ausgabe der Zuderkarten im laufenden Monat nur bei Vorzeigung der Fettstammkarte Zuder abgegeben und entnommen werden darf. Auf einen Stammschein wird höchstens 1/2 Pfund Zuder abgegeben.

(Sozialdemokratischer Verein.) Eine Mitglieder-versammlung fand am Dienstag statt. In üblicher Weise wurde das Referat über „Soziale Probleme“ er. Leiter leuon Vortrag mit einer Würdigung des 1. Mai ein, dessen Feier die Versammlung gewidmet war. Er führte aus, daß uns zum zweiten Male der Weltkrieg unter den Geueln des Weltkriegs findet. Getrennt sind die hoch kämpfenden Völker durch Gräben und Stacheldraht. Getrennt ist auch die Arbeiterchaft durch den Stacheldraht des Hasses und Mißverständnisses. Bekannt soll nicht werden, daß in allen Ländern die sozialdemokratischen Parteien schwere Kämpfe zu bestehen haben. Es muß jedoch versucht werden, sich gegenseitig wieder zu verstehen und einander zu nähern. Daß der Weltkrieg gewaltige Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen würde, war voraussehen. Redner behandelte dann eingehend die sozialen Forderungen der Arbeiterchaft und die in dieser Hinsicht zu erfüllenden Aufgaben. Ein größerer Mutters-, Säuglings- und Jugendschutz ist notwendig. Dazu kommen die Fragen eines ausreichenden Schutzes für Kriegsbefähigte. Soll ein wirklicher Schutz für die Kriegsoffer eintreten, so muß die Arbeiterchaft alle Energie anwenden. Aus den sich jetzt abspielenden Vorgängen lassen sich schwere Kämpfe für die Arbeiterchaft erwarten. Die Kämpfe müssen durchgehalten werden und dazu ist eine geschlossene Organisation notwendig, die zu erhalten unsere Pflicht ist. Eine Diskussion über den befallig aufgenommenen... ja nicht hat. Die Abrechnung vom... eingangs der Versammlung zur Kenntnis gegeben.

Bernigerode, 3. Mai. (Zerungszulagen.) Es ist erichtlich, fantasieren zu können, daß hier einzelne Betriebe, der Zeit Rechnung tragend, ihrem Personal Zulagenzulagen gewährt haben. So hat die Geschäftsleitung des „Zugelbauers“ ihren Angestellten eine namhafte Unterstützung gewährt. Während daselbe auch dem „Zugelbauers“ jehgeleitet werden kann, ist antliche Kreiszeitung in diesem lobenswerten Beispiel nicht gefolgt. In diesem Betrieb ist sogar der behauerliche Vorfall zu verzeichnen, daß einem Hilfsarbeiter, der 42 Jahre in diesem Betrieb tätig war, gekündigt wurde. Es ist dies ein Schulbeispiel dafür, wie der Burgfrieden von manchem Unternehmer aufgefaßt wird. Ein T. D. Weiger einer Farben- und Fassfabrik, erklärte seinen Arbeitern, daß nach dem Kriege Arbeiter für 25 Pfennig pro Stunde in Hülle und Fülle zu haben seien. Wer die Verhältnisse in diesem Betriebe kennt, wundert sich über die Sehnachtsgedanken des Herrn Doktors nicht. Hoffentlich werden sie ihm noch beigeiten ausgetrieben.

Wahlkreis Halbe-Ocherleben.

Ocherleben, 3. Mai. (Die Volksvereinsversammlung) am Montag war verhältnismäßig gut besucht. Genosse Greiner sprach über „Die Sozialdemokratie in der heutigen Zeit“. Redner unterzog die Vorgänge seit Beginn des Krieges einer näheren Betrachtung; insbesondere das Verfallen unserer Reichstagsfraktion. Eine solche lange Dauer des Krieges dürfte bei Beginn des Krieges wohl jamerlich erwartet worden sein. Die zu Beginn des Krieges eingenommene Stellung unserer Partei zu ändern, liegt keine Voraussetzung vor. Die vor der Arbeitergemeinschaft eingenommene Stellung ist zu wachsend und wird schädigend. Diese Schädigung wird durch die Tätigkeit einzelner Abgeordneter noch verstärkt wie durch die Verhandlungen in der Budgetkommission bewiesen ist. Redner ermahnt die Parteigenossen, die Geschlossenheit der Partei nicht zu lösen, vielmehr auch während des Krieges für den Ausbau der Partei Sorge zu tragen. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Bauer, Harle, Wrohmann und Herringer. Hart verteil den Standpunkt der Mehrheit, während die übrigen Genossen die Ansicht der Minderheit vertreteten. Hierbei wurde gleichfalls zum Ausdruck gebracht, daß zwar die Motive der Minderheit anerkannt, jedoch deren

Handeln im allgemeinen nicht zugestimmt werden konnte. Eine Entschleunigung wurde zunächst nicht gefordert, da zu erwarten ist, daß weitere Ansprachen folgen werden. Hierauf gab Herringer den Kaufenbericht des Quartals. Als Schriftführer wurde Becker, als Revisoren Hart und Liebing gewählt.

(Die Höchstpreise für Kalb- und Hammelfleisch) betragen: Kalbfleisch das Pfund 2,00 Mark, Bratfleisch 2,20 Mark, Kalbsleber 2,40 Mark, Kalbsklinge 1,20 Mark, Hammelfleisch: Kalbfleisch 2,40 Mark, Bratfleisch 2,60 Mark, Hammelleber 1,80 Mark, Hammelleber 0,90 Mark.

(Anmeldung zur Landsturmrolle.) Alle in Minderleben wohnhaften, in der Zeit vom 1. bis Ende April 1899 geborenen Landsturmpflichtigen werden aufgefordert, sich am 5. und 6. Mai von 8 bis 1 Uhr im Militärbureau des Rathhauses zur Landsturmrolle anzumelden. Die in Minderleben nicht geborenen jungen Leute haben eine vom Standesamt angefertigte Geburtsurkunde vorzulegen.

(Die Fälschung des Brotbuchs) brachte die Ehefrau Gulda M. von hier mit dem Strafgesetz in Konflikt. Frau M. hatte ihr Brotbuch gefälscht. Auch hatte sie fortgesetzt gegen die Verordnung des Magistrats über die Mehl- und Brotverjorgung verstoßen, um zwar dadurch, daß sie bereits abgestempelte Felber ihres Brot- und Mehlbuchs mit einem ähnlichen Papier überlebte und dadurch mehr Brot entnahm als ihr gesetzlich zulum. Für diese Handlung erhielt Frau M. 6 Wochen Gefängnis.

Felgeleben, 3. Mai. (Erschossen) hat sich der 15 jährige Schreiverkötling J., der auf dem Rathaus in Frohe beschäftigt war.

Stahfurt, 3. Mai. (Die öffentlichen Impfungen) finden an den nachstehenden Tagen statt: Erstimpfung am 8., 9., 10., 11. und 12. Mai, mit Nachschau am 17. und 19. Mai. Wiederimpfungen am 13., 15., 16., 18. und 20. Mai, mit Nachschau am 22., 24. und 26. Mai. Das Impfgeschäft wird im Gasthof zum Salzgraben vorgenommen und beginnt jedesmal um 3 Uhr nachmittags.

Wahlkreis Salzwehel-Verbelegen.

Salzwehel, 3. Mai. (Lebensmilde.) Ein Dienstmädchen, das in der Burgstraße in Stellung ist, versuchte sich mittels Leuchtgas zu vergiften. In letzter Stunde wurde das Vorhaben noch vereitelt und die fast Leblose ins Krankenhaus verbracht.

Briefkasten.

D. M., Burg. Die Verlegung der Arbeitszeit ist nach unserer Ansicht nicht zulässig und die behördliche Strafandrohung bedrohlich. Zu einem Rundschreiben der Regierung an die Behörden heißt es ausdrücklich, daß diese alle Maßnahmen zur Durchführung der Sommerzeit mit allem Nachdruck in die Hand zu nehmen haben und alle Versuche, die Wirkung dieser Neuordnung durch Verlegung der Geschäftsstunden zu durchkreuzen, mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen sind.

Wasserstände.

+ bedeutet über, - unter Null.		Zahl Wasser	
Molbau, Fier und Gzer.			
1. Mai	+ 0,16	2. Mai	+ 0,13
1. Mai	+ 0,68	2. Mai	+ 0,48
1. Mai	+ 0,26	2. Mai	+ 0,25
1. Mai	- 0,06	2. Mai	- 0,19
Milde.			
2. Mai	+ 0,48	3. Mai	+ 0,46
Sanie.			
2. Mai	+ 1,42	3. Mai	+ 1,44
2. Mai	+ 2,14	3. Mai	+ 2,08
2. Mai	+ 1,40	3. Mai	+ 1,37
2. Mai	+ 1,68	3. Mai	+ 1,66
2. Mai	+ 1,16	3. Mai	+ 1,10
2. Mai	+ 1,10	3. Mai	+ 1,18
Savel.			
1. Mai	+ 1,97	2. Mai	+ 1,99
1. Mai	+ 1,46	2. Mai	+ 1,41
1. Mai	+ 1,56	2. Mai	+ 1,48
1. Mai	+ 1,15	2. Mai	+ 1,12
1. Mai	+ 2,68	2. Mai	+ 2,68
elbe.			
1. Mai	- 0,03	2. Mai	- 0,18
1. Mai	+ 0,77	2. Mai	+ 0,83
1. Mai	+ 0,40	2. Mai	+ 0,57
1. Mai	+ 0,48	2. Mai	+ 0,44
1. Mai	- 0,88	2. Mai	- 0,77
1. Mai	+ 1,28	2. Mai	+ 1,34
1. Mai	+ 2,50	2. Mai	+ 2,42
1. Mai	+ 1,74	2. Mai	+ 1,98
1. Mai	+ 2,00	2. Mai	+ 1,90
1. Mai	+ 1,97	2. Mai	+ 1,88
1. Mai	+ 1,88	2. Mai	+ 1,82
1. Mai	+ 2,62	2. Mai	+ 2,55
1. Mai	+ 2,35	2. Mai	+ 2,36
1. Mai	+ 2,42	2. Mai	+ 2,42
1. Mai	+ 1,77	2. Mai	+ 1,78
1. Mai	+ 1,61	2. Mai	+ 1,68
1. Mai	+ 1,68	2. Mai	+ 1,62
1. Mai	+ 1,81	2. Mai	+ 1,78

Wettervorhersage.

Donnerstag den 4. Mai: Volkig, mild, zeitweilig Regen, frühweisse Gewitter.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 2. Mai. Todesfälle: Rentner Hermann Moosmann, 63 J., 9 M. 15 T., Zigarrenmacher Kamillo Schiel, 57 J., 3 M. 8 T., Eisenbahn-Betriebssekretär Friedrich Rabold, 54 J., 24 T., Schlosser Otto Hochbaum, 33 J., 3 M. 9 T., Gerhard, S. des Fräulein August Schnigendöbel, 3 J., 8 M. 9 T., Albert, S. des Schweizer Hermann Weigts, 3 J., 21 T., Frh. E. des Kaufmanns Frh. Deuche, 1 T.

Sudenburg, 2. Mai. Todesfälle: Frieda, S. des Ruffhens Richard Schulte, 11 M. 6 T., Zigarrenfabrikanten-Witwe Marie Lippold geb. Freyhof, 76 J., 9 M. 13 T., Helene geb. Flohr, Ehefrau des Schmieds Karl Peleke, 26 J., 6 M. 22 T., Landsturmretent Schuhmacher Hermann Rickmann, 27 J., 10 M. 10 T.

unterstellt, daß er die Redefreiheit nicht geschnitten habe. Diese Kritik geht weit über den Rahmen des Zulässigen hinaus.

Hg. Dove (Fortf. Sp.) bezweifelt, daß diese Resolution zum Glanz des Reichstags gehört. Es wäre besser, sie der Geschäftsordnungscommission zu überweisen. Selbst wenn die Resolution angenommen würde, dann könnten auch noch Zweifel darüber bestehen, was denn nun eigentlich geschehen sollte. Die Zusammenkünfte der Fortschrittler mit Liebknecht fanden erst statt, als Liebknecht das Wort bereits entzogen war, er aber trotzdem versuchte, noch weiter zu sprechen.

Präsident Dr. Kaempf: In eine Diskussion über meine Präsidialtätigkeit werde ich mich nicht anlassen. Ich habe mich im Rahmen der Geschäftsordnung gehalten. Die Entscheidung darüber, wie die Geschäfte zu führen sind, ist meine Sache. Das Haus kann beschließen, ob es damit einverstanden ist oder nicht. Im letzteren Falle würde der Präsident die Konsequenzen ziehen. Der Präsident hat aber auch Pflichten gegenüber dem Lande, und zwar vor allen Dingen muß er dafür sorgen, daß verberblich. Wirkungen verhindert werden.

Hg. Gröber (Ftr.) schließt sich im wesentlichen den Ausführungen Doves an. Der Beweis ist nicht erbracht, daß der Präsident seine Schuldigkeit nicht getan hat. Die Resolution kann aber nur auf dieser Voraussetzung beruhen. Dem Präsidenten muß das Recht zustehen, den Vertretern der Presse einen Wunsch zu unterbreiten. Der Reichstag braucht sich nicht gefällig zu lassen, daß ein Einspänner sich stets bemüht, das Vaterland zu schädigen. Wenn ein Abgeordneter Landesverrat zu begehen sich ansieht, dann verdient er keinen Schutz. Die entstandenen Szenen waren gewiß nicht schön, aber schließlich kann man sie begreifen aus der Erregung heraus, die über das Verhalten Liebknechts das ganze Haus ergriffen hat. Vielleicht werde man dazu kommen müssen, darauf zu verzichten, alle Zwischenfälle in das Protokoll aufzunehmen. Eine absolute Redefreiheit gibt es nicht, denn der Präsident hat das Recht, den Redner am Weiterreden zu verhindern.

Hg. Scheidemann (Soz.): Mit der Sicherstellung der Parlamentsrechte haben wir das größte Interesse. Vor allem muß die Redefreiheit vollkommen sichergestellt sein. Anlaß zu unserer heutigen Aussprache sind die bedauerlichen Vorkommnisse im Reichstag vom 8. April. Schuld an diesen Vorkommnissen ist nicht die Mehrheit, die im Hause herrscht, als gerade diese Rede Liebknechts gewesen. Sie hat mir gewiß nicht gefallen, aber wenn man sie als landesverräterisch bezeichnet, so muß ich dem widersprechen. Hätte Liebknecht seine ganze Rede gehalten, dann würde ihm genötigt worden und keine Spur von Schanden entstanden sein. Durch das Eingreifen einiger Abgeordneter aber konnte gerade der Ansehens erweckt werden, was für „gefährliche“ Dinge Liebknecht vielleicht noch hätte sagen können. Ich bin für jeden besseren Schutz der Parlamentsrechte, aber die Angriffe der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft bergen die Gefahr in sich, daß wohl der Präsident, nicht aber die Abgeordneten mehr Rechte bekommen. Man soll Änderungen der Geschäftsordnung nicht aus dem Handgelenk vornehmen, am wenigsten in der jetzigen Zeit. Ich habe die Befürchtung, daß die Kommission, wenn wir überhaupt in die Materie hineinsteigen, wohl Änderungen vornehmen würde, die das Gegenteil dessen bringen, was die Antragsteller wünschen. Vorkommnisse, wie sie sich am 8. April abgespielt haben, können leicht verhütet werden, wenn auf keiner Seite das Verantwortlichkeitsgefühl ausgeschaltet wird. Die Rednertribüne ist übrigens ausreichend geschützt durch die Bestimmung, daß der Platz um die Stenographen und auf den Treppen, die zur Tribüne führen, frei gehalten werden müssen. Weitere Maßnahmen braucht der Präsident nicht. Darauf läuft aber der Antrag hinaus, der von der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft gestellt worden ist. Die Berichtserstattung über Verhandlungen des Reichstags in der Presse muß unter allen Umständen gewährleistet werden. Die Verhandlung hat erfreulicherweise ergeben, daß der Präsident hier nicht eingegriffen, sondern nur den Wunsch geäußert hat, in einem bestimmten Falle mehr summarisch zu berichten. Wenn also Änderungen der Geschäftsordnung verlangt werden, dann müßte die Geschäftsordnungscommission die Sache gründlich prüfen.

Hg. Ledebour (Soz. Frk.) wendet sich gegen Gröber. Der Präsident ist nicht über jede Kritik erhaben. Daß der Präsident gesehen hat, daß Liebknecht das Manuskript weggenommen wurde, ist nicht behauptet worden. Der Redner erklärt, die Resolution verlange keine Änderung der Geschäftsordnung. Sie wolle nur Vorkehrungen zum Schutze der Redefreiheit getroffen wissen. Die Bestimmung, die verhüten soll, einen Redner an Sprechern zu verhindern, besteht schon, aber sie muß auch angewendet werden. Darüber besteht kein Zweifel, daß kein Abgeordneter das Recht hat, gegen einen anderen drittlich zu werden. In der Rede Liebknechts war nichts enthalten, was als Landesverrat gedeutet werden könnte. Es handelt sich hier auch gar nicht um die Person Liebknechts, sondern um die Rechte des Parlaments. In der Beschänkung der parlamentarischen Berichterstattung hat der Präsident nicht richtig gehandelt. Sein Eingreifen hat einen weit schlimmeren Eindruck gemacht, als es die Veröffentlichung des wahrheitsgetreuen Berichts vermocht hätte. Die Annahme der Resolution liegt im Interesse des Ansehens des Parlaments.

Hg. Liebsing (Fortf. Sp.) bespricht eingehend das Verhalten Liebknechts, der die Parlamentsrededefreiheit mißbraucht habe. Daraus erklärt sich auch die gegen ihn bestehende Erregung, und diese Tatsache mag auch das Vorgehen gegen Liebknecht als begründet erscheinen lassen.

Hg. Koste (Soz.): Wer die Resolution ablehne, schädige weder das Parlament noch seine Rechte. Gelegenheitsgespräche haben stets ihre großen Nachteile. Die Tendenz der Resolution ist, die Disziplinargewalt des Präsidenten zu stärken. Das Wolff-Bureau hat zuerst einen eingehenden Bericht über die Szene verbreitet, der aus vielen Blättern abgedruckt worden ist. Erst später wurde der Bericht zurückgezogen. Aus ersterer Tatsache geht hervor, daß eine Unterdrückung wahrheitsgemäßer Berichte nicht stattgefunden hat. Mit dem zweiten Teile der Resolution erreicht man das Gegenteil dessen, was anscheinend damit bezweckt werden soll. Wenn man die Disziplinargewalt des Präsidenten stärkt, dann kann das für die Redner der Opposition später recht unangenehm werden. Man möge die Angelegenheit in der Geschäftsordnungscommission besprechen; er werde jedenfalls gegen die Resolution stimmen.

Hg. Dr. Dertel meint, man müsse dem Präsidenten dankbar sein, daß er bestrebt war, das Interesse des Vaterlandes zu wahren. Wenn die Angelegenheit der Geschäftsordnungscommission überwiesen werde, seien die Konservativen geneigt, an der Erweiterung der Rechte des Präsidenten mitzuarbeiten.

Hg. Goch (Soz.) erklärt darauf, daß diese Drohung ihn nicht berühren könne. Es gelte, die Rechte der Minderheit zu schützen. Wenn man auch das Verfahren eines Abgeordneten nicht billige, dürfe man ihm doch immer nicht vorwerfen, er schädige bewusst das Vaterland. Daß die Presse beeinflusst wurde, kann nicht bestritten werden. Das mußte einen weit schlechteren Eindruck machen, als wenn man Liebknecht hätte reden lassen, der Schatzsekretär wäre dann in der Lage gewesen, die Ausführungen Liebknechts zu widerlegen. Die Resolution ist nur ein Protest gegen die Unterdrückung der Minderheit. Er werde deshalb für die Resolution stimmen.

Hg. Ledebour (Soz. Frk.) polemisiert kurz gegen Dove und weist fest, daß dem Präsidenten im ersten Teile der Resolution kein Tadel ausgesprochen werden soll. Dagegen will der zweite Teil zum Ausdruck bringen, daß die Beeinflussung der Presse nicht zu billigen ist. Wenn die Konservativen die Resolution benutzen wollten, die Redefreiheit einzufürzen, so wäre das

keine Konsequenz der Resolution, sondern eine mißbräuchliche Anwendung.

Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen dem Abgeordneten Ledebour und Gröber kam es zur Abstimmung. Der erste Satz der Resolution wurde abgelehnt gegen die Stimmen der Abgeordneten Goch, Hofmeister, Ledebour und Siebel. Der zweite Absatz wurde abgelehnt gegen die Stimmen der Abgeordneten Goch, Hofmeister und Ledebour.

Schleuniger Antrag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, wie der „Vorwärts“ berichtet, am Dienstag Abend folgenden schnellen Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das gegen den Abgeordneten Dr. Liebknecht eingeleitete Verfahren für die Dauer der Sitzungsperiode anzusetzen und die über ihn verhängte Haft aufzuheben.

Maifeier in Berlin.

Das offiziöse Wolff-Bureau gibt folgende Meldung über eine Maifeier auf dem Potsdamer Platz in Berlin heraus:

Durch Handzettel waren zahlreiche Bewohner der südlichen Vororte für Montag Abend (1. Mai) um 8 Uhr zu einer Maifeier auf dem Potsdamer Platz bestellt worden. Es fanden sich auch einige Neugierige ein, die aber nicht auf ihre Mahnung lauten. Aufsammlungen des Publikums in dieser verkehrsreichen Gegend, die durch den Umzug des Zettelvertriebs veranlaßt worden waren, wurden mühselos von der Polizei zerstreut; wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen und wegen groben Unfugs sind neun Personen festgenommen worden.

Der Bericht des offiziellen Bureaus ist reichlich mager. Wir sind heute noch nicht in der Lage, ihn zu ergänzen. Vielleicht findet sich später dazu Gelegenheit.

Notizen.

Die Novelle zum Reichsvereinsgesetz, die der Bundesrat am Montag Abend verabschiedet hat, ist Dienstag nachmittag dem Reichstag zugegangen. Die Novelle bezieht sich im wesentlichen auf die Bestimmung, daß die §§ 3 und 17 des Reichsvereinsgesetzes (Verpflichtung zur Einreichung der Satzungen, Ausschluß Jugendlicher unter 18 Jahren) künftig nicht mehr Anwendung finden sollen auf solche Vereine (Gewerkschaften), die sich lediglich der Verbesserung des Arbeits- und Lohnverhältnisses ihrer Mitglieder zur Aufgabe gemacht haben. Mein politische Betätigung bleibt also den Gewerkschaften unterlagt; auch das Koalitionsverbot für landwirtschaftliche Arbeiter wird, soweit es besteht, nicht aufgehoben.

Reichstagswahlwahl in Reichenbach-Neurode. Die im Wahlkreis Reichenbach-Neurode (11. Breslauer) durch den Tod des Reichstagsabgeordneten Gausen (Langenbielau) erforderlich gewordene Ersatzwahl ist auf den 22. Juni d. J. festgesetzt worden.

Amerika und Deutschland. In der Budgetkommission des Reichstags nahm am Dienstag der Staatssekretär von Jagow vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort. Im Hinblick auf die Wichtigkeit der amerikanischen Frage hätte die Regierung über den Stand der Dinge gern schon heute bei der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit Mitteilung gemacht. Die Entscheidung stehe jedoch noch bevor. Sobald der Reichskanzler aus dem Hauptquartier zurückgekehrt sei, beabsichtige er, der Kommission nähere Aufschlüsse zu geben.

Der Verwundeten austausch zwischen Deutschland und Frankreich. Aus Konstantz wird berichtet: Am Montag Abend ist der erste Zug mit erholungsbedürftigen und kranken Franzosen, von denen in letzter Zeit eine große Anzahl hier gesammelt worden ist, nach der Schweiz abgegangen. Es ist täglich ein Zug mit etwa 600 Kranken vorgehen. Die Züge verkehren von Konstantz bis Bern direkt, wo die Verteilung an die verschiedenen Kurorte stattfindet. Der Austausch von inwärtigen Kriegsgefangenen zwischen Deutschland und Frankreich beginnt demnächst wieder. Der Tag ist noch nicht genau festgesetzt. In der Nacht zum Dienstag ist ein Zug aus Lyon mit 517 Deutschen in Bern angefangt, dessen Fahrgäste nach kürzerem Aufenthalt weiterreisen, um in Olten und Zürich auf die einzelnen Gegenden des Landes verteilt zu werden. 141 kommen nach dem Kanton Glarus, 44 in den Kanton Appenzell, 42 nach St. Gallen, 88 nach Thurgau, 43 nach Thurgau, 80 nach Thurgau und 84 nach der Zentralschweiz.

Seemannsstreik in Newyork. „Nieuwe Courant“ meldet: Im Hafen von Newyork ist ein allgemeiner Streik unter den Maschinisten der Schlepboote und Leichter ausgebrochen. Die Ausländigen verlangen eine Lohnerhöhung. Infolgedessen können die Schiffe den Hafen nicht verlassen, wodurch der Munitionstransport verhindert wird.

Schweden und Rußland. Reichstagsabgeordneter Professor Gustaf Stieffen brachte am Dienstag in der schwedischen Ersten Kammer eine Interpellation wegen der Landfrage ein. Die Frage bezieht sich auf die russischen Befestigungen auf der Landsinzelgruppe. Diese Befestigungen bezwecken gegen eine Vereinbarung zwischen Schweden und Rußland und haben infolgedessen in Schweden große Aufregung hervorgerufen. Die Landsinselfest, die zu Rußland gehören, liegen am Eingang zum Botnischen Meerbusen. Werden die Inseln befestigt, so erhält damit Rußland die völlige Herrschaft über den Botnischen Meerbusen, ein Zustand, der den Schweden unerträglich erscheinen muß.

Keine Sonderfriedensverhandlungen. Die Agence Havas teilt mit: Das Blatt „La Suisse“ hat die Nachricht gebracht, daß der bulgarische Gesandte in Wien, Loichow, sowie der bulgarische Militärattaché in Bern, Oberleutnant Tschewenatow, in der Schweiz im Einvernehmen mit türkischen Delegierten mit Vertretern der Biederbandenwände Friedensverhandlungen pflegten. Diese Nachricht entbehrt jeder Begründung. Das Geschäft hat keinen Ausgang genommen von der Seite Loichows und Tschewenatows nach Wien, wohin sie sich in Gesellschaft begeben haben, die weder mit dem Krieg noch mit dem zukünftigen Frieden zusammenhängen.

England und Rumänien. Reuters meldet aus Bukarest, daß die Verhandlungen des Syndikats rumänischer Mühlenbesitzer und des britischen Mehlverkaufsvereins zum Anlauf eines für die Ausfuhr bestimmten Mehlvorrats von ungefähr 10 000 Waggons geführt haben.

Luftkämpfe.

W. Z. B. Großes Hauptquartier, 3. Mai 1916. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Dignuiden drangen deutsche Abteilungen im Anschluß an einen Feuerüberfall in die belgischen Linien ein und nahmen einige Duzend Leute gefangen.

In der Gegend Le-Four-de-Paris (Argonnen) stießen unsere Patrouillen bis über den zweiten französischen Graben vor; sie brachten einige Gefangene zurück. Weiderseits der Maas ist die Lage unverändert.

Oberleutnant Freiherr v. Althaus schoß über dem Caillette-Walde sein sechstes feindliches Flugzeug ab. Außerdem ist ein französisches Flugzeug im Luftkampf südlich des Werkes Thiaumont zum Absturz gebracht, zwei weitere sind durch unsere Abwehrgeschütze südlich des Salourückens und beim Gehöft Thiaumont, ein fünftes durch Maschinengewehrfeuer bei Harbaumont heruntergeholt. Der Führer des letzteren ist tot, der Beobachter schwer verletzt.

Westlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Französischer Tagesbericht.

W. Z. B. Paris, 3. Mai. Amtlicher Bericht von gestern nachmittag: Südlich der Somme wurde ein Handstreich gegen einen unserer kleinen Posten in der Gegend von Dampierre durch Gewehrfeuer abgewiesen. In der Champagne sind beschossen vier Verpflegungszüge des Feindes nördlich von Navarin. In den Argonnen nördlich von La Harazée wurde eine starke deutsche Erkundungsabteilung zerstreut.

Westlich der Maas hielt während der Nacht die Artillerietätigkeit von der Gegend Avocourt bis „Toter Mann“ an. Neue Meldungen lassen erkennen, daß unsere Unternehmungen am 29. und 30. April an den Nordabhängen „Toter Mann“ und in den Besitz von etwa 1000 Metern deutscher Schützengräben in einer Tiefe von 300 bis 600 Metern gebracht haben. Westlich der Maas unternahmen gestern Abend unsere Truppen einen lebhaften Angriff gegen die feindlichen Stellungen südlich vom Fort Douaumont. Bei dieser Unternehmung, die vollkommen gelang, eroberten wir deutsche Schützengräben der ersten Linie in einer Länge von etwa 500 Metern und machten ungefähr 100 Gefangene. In der Woivre einige Male Geschößhagel.

Der Abendbericht besagt: In der Champagne rief das Feuer unserer Artillerie auf eine deutsche Batterie in der Gegend von Moronvillers nördlich Provesnes mehrere Explosionen und einen Brand hervor. Eine andere von uns bekämpfte Batterie nördlich von Massiges erlitt schwere Beschädigungen. In den Argonnen dauert der Winnenkampf im Abschnitt Höhe 285 (Hauts Chevauché) zu unsern Gunsten fort. Westlich der Maas Geschößkampf von der Gegend von Avocourt bis zum „Toter Mann“. Westlich der Maas nahm das Feuer eine gewisse Stille an zwischen der Farm Thiaumont und Paulouy. Unsere Batterien zerstreuten feindliche Abteilungen nördlich des Chausseurwaldes, ebenso Ansammlungen nordwestlich von dem Leigne bei Taux. In der übrigen Front verlief der Tag verhältnismäßig ruhig.

Flugverfehen: Im Laufe des gestrigen Tages wurde ein deutsches Flugzeug von einem unserer Piloten nach lebhaftem Kampfe zum Absturz gebracht. Das Flugzeug fiel in die feindlichen Linien nördlich Douaumont.

Depeschen.

Der irische Aufstand.

W. Z. B. London, 2. Mai. Meldung des Reuterschen Bureaus. Aus Dublin wird von gestern berichtet: Dublin gewährt heute das Bild eines gewöhnlichen Bankfeiertags. Das Publikum durfte ungehindert durch die Straßen gehen. Viel Militär ist wieder zurückgezogen worden. Manen besorgen den Patrouillendienst. Heute früh wurde in der Nachbarschaft von Dublin Feuer geschürt. Dort hat sich eine kleine Gruppe Aufständischer verschanzt und wird vielleicht noch einige Tage imstande sein, sich zu halten. Auf dem Lande, vor allem im Westen, gibt es noch Hande von Rebellen, die nicht glauben wollen, daß die eigentliche Revolution zu Ende ist und daß sich ihre Kameraden in Dublin ergeben haben. In Kilkenny und in Cloughmills stehen noch Rebellen in Feldern, da aber die Verbindungen zerstört sind, fehlen weitere Nachrichten.

Lezte Gelegenheit! Mehrere große Wagenladungen **Nie wiederkehrend!**
 treffen Donnerstag den 4. Mai und Sonnabend den 6. Mai wieder ein.
 Nur noch ganz kurze Zeit dauern die
Riesenmassen-Verkäufe in Emaillewaren.
 Alle Haus- und Küchengeräte in selten großer Auswahl spottbillig!
 Nur im großen Laden **Breitweg 193/194, gegenüber der Steinstraße**
Neu eingetroffen! Handwaschkeffel (50 bis 75 cm), Wassereimer, Bade- u. Waschwannen, Wasch- u. Schmoröfen, Wasserkessel, Zuppen, Gemüße- und Teigschüssel, Kartoffeldämpfer, Petroleumkannen, Toilettenimer, Fischlöcher, Springformen, Stängelschneidemaschinen, Brotbacken und vieles andre.
 Ich mache ganz besonders die geehrten Käufer auf die Preise der Waren in den Auslagen aufmerksam.
 Klein Hauswag! Stets neue Sendungen! Alles zum Aussuchen! Geschäftsprinzip: Je größer der Umsatz, desto kleiner die Preise!
 Für Hoteliers, Restaurateure, Lazarette selten günstige Gelegenheit!
Edmund Endert aus Halle a. d. S.

U. Rarger
 Große Marktstraße 8, Ecke Jakobstraße.
 Gardinen, abgepaßt und vom Bild, Kinnlergardinen, weiß, elfenbein und gelb, Vorhänge in Zell, Erbstül und bunt, Spannstoffe, schöne neue Muster, verschiedene Breiten, Rouleaustoffe, Schelbengardinen, Tülldecken, Teppiche in allen Größen und verschiedensten Arten, Läuferstoffe, Linoleum, Bettvorleger, Stuhllecken, Tischdecken, Sofabeden, Steppdecken, Bettdecken, Tüll-Bettdecken, Hebergardinen in Blüsch, Leinen und Perfergeschmack, Sofastoffe, Sofaplüsche in einfarbig und bunt. — Ferner:
 Moderne Damen-Konfektion | Kostümstoffe in schwarz und farbig
 Kleiderstoffe in schwarz | Anzugstoffe f. Herren u. Knab.-Anz.
 Fertige Damen-Wäsche 4298
U. Rarger, Große Marktstraße 8.

Simbeer-Sirup ohne Glücke
Johannisbeer-Sirup à Liter **1.25**
Rirsch-Sirup
 Schiller, Gr. Mühlstr. 11, Bürgerhof, Neue Neustadt.
 Die städtischen Bureaus werden vom 8. Mai an für den Verkehr des Publikums nur in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 12 1/2 Uhr mittags geöffnet sein.
 Magdeburg, den 2. Mai 1916. 4200
 Der Magistrat.

Städtische Suppentüchen
 Am Donnerstag den 4. Mai werden probeweise bis auf weiteres zwei fahrbare Wärmekessel (Gulaschtanonen) der eine in
Buckau, Stadtteil Insel 4295
 der andre in
Alte Neustadt, Weinbergstraße
 mittags 12 Uhr warme Suppen
 an Bedürftige zum Preise von 35 Pfg. pro Portion verabreicht.

Die Werkstättenbetriebe der Kriegsheschädigten-
fürsorge Magdeburg, Hilfslazarett Jugendheim
 übernehmen Aufträge von Gewerbetreibenden aller Art unter vorteilhaftesten Bedingungen zur sachgemäßen Ausführung.
 Näheres Fernruf Nr. 2087. 4132

Ab Petritförder.  Ab Herrenkrug-Wartehalle.
Nach Hohenwarthe-Niegripp
 an Wochentagen: 7 und 2 1/2 Uhr.
Stettin & Lüdeke.

Weißt du Bescheid, Soldat?
 Was haben meine Familienangehörigen für **Kriegsunterstützung** zu beanspruchen?
 Was hat meine Ehefrau für **Kriegswochenhilfe** zu beanspruchen?
 Habe ich für meine Kinder Anspruch auf **Schulgeldbeihilfe**?
 Was habe ich im Falle einer Verwundung für **Rentenansprüche**?
 Was muß meiner Familie im Falle meiner **Tötung** gewährt werden?
 Muß die **Löhnung** meiner Familie gewährt werden, wenn ich in **Gefangenschaft** gerate?
 Habe ich als **Soldat** noch **Anspruch** an die **Krankenkasse**?
 Muß mir auch die **Rente** aus der **Invalidenversicherung** gewährt werden, wenn ich **verwundet** werde?
 Ueber alle diese und noch eine Reihe anderer wichtiger Fragen gibt das kleine Büchlein **„Krieger-Renten“** in leicht verständlicher und klarer Weise Aufschluß. Die Schrift ist von einem Feldgrauen verfaßt und von Militärbehörden und Zahlmeisterbüros als **vorzüglich** anerkannt worden. Sie ist ein wichtiger Ratgeber und unentbehrlich für jeden Soldaten, der über seine Ansprüche aufgeklärt sein will. Preis **10 Pfennig**. Wir senden sie auch als Feldpostbrief ins Feld.
Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg.

Zähne 2 Mark an
 — Auf Wunsch Teilzahlung. —
 Absolut schonendste Behandlung. Plomben von 1 Mark an.
Alex Friedländers Zahn-Atelier, Breitweg 103, v. l.
 vis-à-vis dem Zentral-Theater, Ecke Kaiser-Wilhelm-Platz.

Grösste Auswahl **Frühjahrs-Hüte** Umarbeitungen schnell u. billig.

Anton Funke
 Breitweg 95
 Fernruf 1363
 Mitglied d. Rabatt-Sparvereins.

Haus- und Küchengeräte
 Wasch- und Wringmaschinen, Wäschrollen, Waschtische, Waschschiebe
Emaille-Geschirre!
 Prima Solinger Stahlwaren, Glas, Porzellan, Steingut — Luxus- und Lederwaren, Jubiläums-, Geburtstags-, Verlobungs- und Hochzeitsgeschenke — Verlosungs-Gegenstände, Spielwaren, Ehrenpreise für Vereine
Max Weisser
 Großhandlung — Einzelverkauf
 Magdeburg — Kaiserstraße Nr. 9 —
 Olvenstedter Straße Nr. 9.
 Rabattsparmarken. 4240

ZENTRAL-THEATER
 Sonntag, Freitag
Lezte Aufführung
Der Vogelbändler
 Ab Sonnabend:
 Nur kurze Zeit
Die Fledermaus

Wilhelm-Theater.
 Donnerstag den 4. Mai
 Abends 8 Uhr
Der dumme August.
 Freitag den 5. Mai
Gasparone.
 Sonnabend den 6. Mai
Filmzauber.
 Sonntag, 7. Mai, nachm. 4 Uhr
Ein Walzertraum.
 Abends
Gasparone.
 Montag den 8. Mai
 Bereits für Herrn Kapellmeister Hermann Hoefert.
Die teufliche Susanne.

Müller-Lipart's beliebtes und bestrenommiertes
Fürstenthor-Theater
 Eingang Bräulestraße.
 Heute Mittwoch vorlezte Vorstellung
 Morgen Donnerstag 8.20
Gr. Abergiedendunstallone
 (Vehre Vorstell. in dieser Saison).
Neues Abschieds-Festprogramm
 U. a.: Aufzügen von Frau Direktor Paula Müller-Lipart und Partnern mit ihren neuen Bravour-Duetten.
 Gleichzeitig heute Donnerstag Abends 8 Uhr
Klara Schlegel.
 Alle Vorzugskarten gelten.

Wahnhall-Theater
 Gustav Klucks Familien- 4234
 Das ganz vorzügliche neue
Mai-Programm
 Damen-Trompeterkorps Scutonia
 Charly Masch, Komiker
 Carola-Duo, Quertisten
 Hans Bayer, Humorist
 Neue Possen u. Humoresken

Herren-Anzüge
 nur prima Stoffe, anerkannt niedrige Preise 3085
Erfas für Maßarbeit
 große Auswahl, Abänder. Entsch. M. Reuter nur Bandstr. 1, 2. Et.
Serpentin-Salmiak-Schmierseife Pfd. 80 Pf.
 Bahnhofstr. 15 b. L. Teleph. 2369.
 Vertiko, Nähtisch, Kommode, Kleiderstich, Trittleiter bill. u. verk. Müller, Lüneburger Str. 19.

Brennholzabfälle
 abgegeben Schneidemühle
 Stienbergstraße 23. 5225

Geflüchterschutz und Geflüchterskrankheiten
 Von Dr. Ernst Gebert, Spezialist für Geflüchterskrankheiten, Berlin.
 Vierte, verbesserte Auflage.
 Uingefürzte Volksausgabe 20 Pf. empfiehlt
 Buchhandlung Volksstimme
 Große Mühlstraße 3.

Bermietungen.
 Hof. Lad. m. St., Küchen u. a. als Wohnz. u. Näh. Hausstr. 14. b. B. Eberdorfer Str. 3 Wohn. sof. z. verm.
 Keine Wohnung 1 Juli z. verm. Remsdorf, Berningeröder Str. 8.

Stephanshallen 4231
 Direktion Rich. Frokerz
 Täglich abends 8 Uhr:
 Auf vielseitigen Wunsch!
Original-Leipziger Fritz-Weber-Sänger.
 Familien-Programm.

Masseuse ärztlich geprüft, nur äußerl. Behandlung
 Bahnhofsstraße 20, 1 Treppc.

Arbeitsmarkt
 Mehrere tüchtige, ältere Schlosser u. Blechschmiede bei hohem Lohn u. für dauernde Beschäftigung sofort gesucht
Georg Becker & Co.
 Maschinenfabrik am Sudenburger Bahnhof.

Steinsetzer
 werden sofort eingestellt
 Blume & König, Fuchsberg.

Kräftige Gürtelruger
 werden bei gutem Allerd-lohn eingestellt
 3229
 Halberstädter Str. 15.

Näh-Ahle „Stepperin“
 D. N. G. M.
 Jedermann kann mit dieser Ahle ohne besondere Vorkenntnisse arbeiten; zerissen, Schu-merl, Fahrradmäntel, Bü-gel, Gehäute, Pferde- und Wagendecken usw. selbst reparieren. Schönster Steppstich, wie mit Ma-schine. Zahlreiche Uner-temungen. Werpact und portofrei mit verschied. Nadeln Markt 2.20
 Nachnahme oder Vorein-jendung d. M. Zucker, Fürth i. B. 13, Mag-deburg
 Straße Nr. 17. Hochwillkommen. Stebesgabe für unsre Feldgrauen.

Männerschmitthaar
 — Stilo 50 Pfennig —
 Fedelstabstilo 1.75 Mk.
 Haarstumpfen Stilo 3.50 Mk.
Alte Zöpfe u. Stilo 3.00 Mk.
 kaufe für technische Zwecke. 4248
E. Liebenow,
 29 Sternstraße 29.

Rich. Göthlings Sargmagazin
 Neustadt, Lübecker Straße 103 Fernspr. 5235
Särge für Erwachsene von 45 Mark an
 Lieferung sofort — Beste Bedienung 4297
 Fertige Särge ständig 50 Stück auf Lager

Danksgiving.
 Zurückgekehrt von dem Grab-unfers teuern Entschlafenen, jaget mit allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten unser herzlichsten Dank. Besonders Dank der Frau Grube (in Firma St. Gutentag) für ihre besonderer Teilnahme, dem Herrn Vertreter, dem Kontorpersonal sowie seinen Kollegen. Auch Dank Herrn Dr. Köstlin für seine trostreichsten Worte, dem Deutschen Metall-arbeiter-Verband, dem Sozial-demokratischen Verein und der Jugendabteilung des 3. B. für die zahlreichen Spenden und die Teilnahme.
 Magdeburg, den 2. Mai 1916
 Für Kameraden der trauernden Hinterbliebenen
Marie Pabel
 nebst Tochter Hedwig.

Palast-Theater Burg.
 Infolge eines Verzeichens ist das schon einmal gespielte Lustspiel „Durch dick und dünn“
 annouciert worden.
 Es kommt an Stelle dessen zur Vorführung:
Sommeridyll
 großes Lustspiel in 2 Akten.
 4228 Die Leitung.

Mobilmachungs-Ausschuß vom Roten Kreuz.
Zur Baumbliite! 4297
 Herr Hoflieferant Lehmann, Inhaber der Firma Gustav Brentke in Gerwisch, hat freundlicherweise die Besichtigung seiner wundervollen Obstbaumanlagen gegen eine Spende für das Rote Kreuz gestattet.
Besichtigungstage
Mittwoch den 3. u. 10., Sonntag den 7. u. 14. Mai, nachm. 3 bis 5 Uhr
 Zugverbindungen: 2 Uhr 10 Min. ab Magdeburg, 5 Uhr 23 Min. ab Gerwisch.
 Mögen recht viele Naturfreunde ihre Freude an dieser Blütenpracht haben und damit gleichzeitig auch dem guten Zweck unsrer Aufgaben dienen.